



Deutsche **Polizei**

Nr. 9 September 2003

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

Globaler Terrorismus



Globale Bekämpfung

2 AKTUELL

Bund kürzt Urlaubs- und Weihnachtsgeld

3 KURZ BERICHTET

Fachtagung mit Bundeswehrverband

Schill ist Geschichte

GdP-Aktion: Wir zeigen den Regierungschefs die Rote Karte

INPOL-neu gestartet

Geschäftsführerwechsel

4 KOMMENTAR

GdP zwischen Protest und Gestaltung

4/5/ FORUM

6 TITEL / TERRORISMUS

Al-Qa'ida – Hydra des islamistischen Terrorismus

16 SOZIALPOLITIK

Die verordnete Reform

18 TARIFVERHANDLUNGEN

Der Berliner Tarifmarathon

BÜCHER 19

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT 20

Sklaverei in Deutschland

VERSORGUNG 24

Versorgung künftig aus Pensionsfonds

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTS-ARBEIT 25

Von hehren Zielen zur polizeilichen Praxis

RECHTSMEDIZIN 33

Was Tote alles erzählen könnten – wenn man sie ließe!

GdP-AKTION: LAGEBILD ARBEITS-BEDINGUNGEN 34

Wir suchen weiter

Psycho-Belastungen im Arbeitsalltag

Titelbild: Wölfer-Druck



Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:
193.661 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEI LITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Nr. 9 • 52. Jahrgang 2003 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 211
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Manfred Wallbrecher, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a vom 1. April 2003

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

BESOLDUNG

Bund kürzt Urlaubs- und Weihnachtsgeld

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen Bundesbeamte ab 2004 kein Urlaubsgeld mehr erhalten. Die bisherige Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) soll für aktive Beamte auf 60 %, bei Pensionären gar auf 50 % gekürzt werden. Dies sieht der Entwurf eines Bundessonderzahlungsgesetzes vor, über den Anfang August ein Beteiligungsgespräch gemäß § 94 BBG stattfand.

Der Bundesinnenminister hatte zwar noch beim Beteiligungsverfahren zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2003/2004 im Mai diesen Jahres bekräftigt, der Bund wolle bei der Öffnungsklausel keine Vorreiterrolle spielen, doch Ende Juli war dies alles vergessen: Der Bundesinnenminister übersandte den Entwurf eines Bundessonderzahlungsgesetzes, den er am Vorabend des Beteiligungsgesprächs in überarbeiteter Fassung vorlegte.

Nach diesem Gesetzentwurf wird ab 2004

- das Urlaubsgeld gestrichen
- die bisherige Sonderzuwendung zu einer Sonderzahlung

Die Sonderzahlung erhalten **Pensionäre** mit den Dezember-

bezügen in Höhe von 4,17 % ihrer Versorgungsbezüge für das Kalenderjahr 2004. An künftigen Versorgungsanpassungen gemäß § 70 BeamtVG nimmt die Sonderzahlung nicht teil.

Aktive Beamte erhalten die Sonderzahlung in Höhe von 5 % ihrer für das Kalenderjahr zustehenden Bezüge. Während des Jahres ausscheidende Beamte erhalten eine anteilige Sonderzahlung.

Die Dynamisierung der Sonderzahlung muss im jeweiligen Anpassungsgesetz festgeschrieben werden.

Zur Förderung der Leistungsbesoldung soll ein Prozentsatz der Aufwendungen für die Sonderzahlungen des Vorjahres aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Näheres

werden Verwaltungsvorschriften des Bundesinnenministers regeln.

Zu Beginn des Beteiligungsgesprächs kritisierten GdP und DGB wegen der kurzen Fristen die Verfahrensweise des Beteiligungsverfahrens.

Kürzungsorgie abgelehnt

Inhaltlich wandten sie sich in aller Deutlichkeit gegen die massive Kürzungsorgie. Denn trotz linearer Verbesserungen in 2004 werden Beamte gegenüber 2003 ein um bis zu 1,8 % geringeres Einkommen erhalten. Sollte die Bundesregierung an ihrem Gesetzesvorhaben festhalten, müsse zumindest eine soziale Staffelung der Kürzungen vorgenommen werden; entsprechende Überlegungen im Land Bayern könnten hierbei Richtschnur sein.

Gegen Unterschied zwischen Beamte und Pensionäre

Für verfassungsrechtlich bedenklich hält die GdP die diffe-

renzierte Lösung bei der Sonderzahlung für aktive Beamte und Versorgungsempfänger. Nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums müsse der Dienstherr den Beamten und seine Familie lebenslang alimentieren; deshalb habe der Ruhestandsbeamte auch auf die gleichen Leistungen Anspruch wie der aktive Beamte. Die Dynamisierung der Sonderzahlungen müsse daher sowohl für die Aktiven wie für Pensionäre im Gesetz festgeschrieben werden.

Abgelehnt wurden die Bestimmung über die Förderung der Leistungsbesoldung wegen ihrer Unverbindlichkeit. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, in diesem Gesetzentwurf eine Festlegung über die für eine leistungsorientierte Besoldung zur Verfügung zu stellenden Gelder vorzusehen. Nach Ansicht der Gewerkschaften müsse mindestens die Hälfte der jährlichen Einsparsumme für die leistungsorientierte Besoldung aufgewendet werden.

Wie nicht anders zu erwarten, blieb das BMI bei seiner Kürzungsmeinung. Es sagte lediglich zu, die Frage der sozialen Staffelung der Kürzung nochmals zu überprüfen.

Der Gesetzentwurf wird bei Erscheinen der DEUTSCHEN POLIZEI bereits vom Bundeskabinett verabschiedet worden sein. Es steht zu befürchten, dass die Länder dem schlechten Beispiel des Bundes folgen und bei den Kürzungen Pensionäre besonders treffen werden.

Die GdP wird gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften die parlamentarischen Beratungen im Sinne der gewerkschaftlichen Vorstellungen zu beeinflussen suchen.

HJA



Fachtagung mit Bundeswehr- Verband

Unser Titelbild möchte zum einen an den zweiten Jahrestag des verheerenden Anschlags auf das World Trade Center erinnern. Zum anderen weist es mit den beiden Emblemen auf die erste gemeinsame Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei mit dem Bundeswehrverband am 11. September 2003 im Rathaus Berlin-Schöneberg hin. Thema: „Globaler Terrorismus – Globale Bekämpfung“.

Sowohl Verteidigungsminister Peter Struck als auch Innenminister Otto Schily haben zu dieser hochaktuellen Veranstaltung ihr Kommen bereits zugesagt. Neben Fachvorträgen vom Terrorismusexperten Berndt Georg Thamm (s. auch unser Beitrag auf S. 6-15), von Brigadegeneral Manfred Engelhardt und dem Koordinator der Nachrichtendienste des Bundes, Ernst Uhrlau, findet am Nachmittag eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Polizei und der Bundeswehr statt. DP wird berichten.

Schill ist Geschichte

Mit „großer Erleichterung“ hat die GdP die Entlassung des Hamburger Innensenators Ronald Schill durch Bürgermeister Ole von Beust zur Kenntnis genommen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das widerwärtige Verhalten Schills gegenüber Bürgermeister von Beust in der Auseinandersetzung um die längst fällige Ablösung des Staatsrats Wellinghausen war genau der Stil, den Schill seit seiner Amtseinführung gegenüber kritischen Beschäftigten in der Hamburger Innenbehörde an den Tag legte. Mit seinen politischen Amokläufen hat Schill der Stadt und ihrer Polizei bundesweit geschadet.“ Die Öffentlichkeit habe Schill mit Wortakrobatik und Show-Einlagen zu täuschen versucht.

KURZ BERICHTET

SPARMASSNAHMEN

GdP-Aktion: Wir zeigen den Regierungschefs die Rote Karte

Die Sparbeschlüsse und -vorhaben der Landesregierungen und des Bundes leiten eine soziale Demontage des Polizeiberufes ein, deren Ausmaß noch nicht absehbar ist. Nur eines ist sicher: Sie werden jede Kollegin und jeden Kollegen treffen.

Obwohl die einzelnen Sparvorhaben zeitlich und inhaltlich unterschiedlich wirken, können wir unseren Protest in drei Punkten zusammenfassen:

- **zunehmender Arbeitsdruck**
- **Rückfall in die Kleinstaaterei**
- **dramatische Einkommenseinbußen für alle Polizeibeschäftigten**

Wesentliche Grundlage, die diese Einschnitte ermöglicht, ist die Öffnungsklausel, durchgesetzt von den Ministerpräsidenten oft gegen den Rat der eigenen Innenminister und -senatoren.

Deshalb zeigen wir den Verantwortlichen die „Rote Karte“.

Hängt den Beihefter an alle „schwarzen Bretter“!

Die in jedem Heft DEUTSCHE POLIZEI enthaltene „Rote Karte“ mit dem Konterfei des zuständigen Regierungschefs wird an die Landesbezirke zusätzlich in jeweils 5.000 Exemplaren ausgeliefert – zum Beispiel zum Verteilen bei Großveranstaltungen oder spontanen eigenen Aktionen.

Die „Rote Karte“ kann und sollte auch für Demonstrationen sowohl als Identifikationsmerkmal und zum Verteilen an die Bevölkerung eingesetzt werden.

Ebenso ist vorbereitet, dass die „Rote Karte“ in der Größe von Schutzschilden produziert werden kann, mit denen Teilnehmer von GdP-Aktionen ausgestattet werden können. **hol**

INPOL-neu gestartet

Das Bundeskriminalamt hat am 16./17.8.2003 das seit rund 30 Jahren im Betrieb befindliche deutsche Polizei-Fahndungssystem INPOL auf INPOL-neu umgestellt.

INPOL-neu stellt das IT-technische Herzstück des deutschen polizeilichen Fahndungsverbundes für rund 270.000 Bedarfsträger dar. Im INPOL-System sind nationale Personen- und Sachfahndungsdaten sowie Daten im Rahmen des Schengener Informationssystem SIS gespeichert. Zudem sind weitere Informationen wie z. B. der Kriminalakten-Nachweis abrufbar. INPOL-neu bietet außerdem eine Abfrage-Schnittstelle zum ZEVIS-Infor-

mationssystem im Kraftfahrtbundesamt.

INPOL-neu basiert auf einem komplexen Rechner-Rechner-Verbund zwischen dem Bundeskriminalamt, den Polizeien der Bundesländer, dem Bundesgrenzschutz und dem Zollkriminalamt. Die notwendige Kompatibilität unter den in der IT-Architektur unterschiedlichen Teilnehmer-Systemen wird über die Beschreibung der Nachrichten, die zwischen den Systemen ausgetauscht werden dürfen, hergestellt.

BKA-Projektgruppe

(mehr zu INPOL-neu im Heft 10, die Red.)

Geschäftsführer- wechsel

Mit 65 Jahren ist der Geschäftsführer vom VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Manfred Wallbrecher, in den wohlverdienten Ruhestand gewechselt. Seit mehr als 35 Jahren gehörte er zum Haus, davon fast 25 Jahre als Geschäftsführer. Ganz wesentlich sein Verdienst ist es, dass der Verlag heute bundesweit nicht nur einen ausgezeichneten Ruf als Fachverlag für Polizeiliteratur und -medien hat und auf diese



Manfred Wallbrecher geht nach 35-jähriger Verlagsarbeit in den Ruhestand.

Foto: VDP

Weise zur Unterstreichung und Verbreitung fachlicher Kompetenz der GdP beiträgt, sondern auch ein gesundes Unternehmen darstellt.

Im Namen des Vorstandes der Gewerkschaft der Polizei dankte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg dem ehemaligen Geschäftsführer des Verlages für sein jahrelanges Engagement und wünschte „von Herzen eine gute Zeit im Ruhestand“.

Die Geschäftsführung des Verlages liegt zurzeit in den Händen von Joachim Kranz.

GdP zwischen Protest und Gestaltung

Von Konrad Freiberg

Ohne Zweifel haben wir eine schwierige wirtschaftliche Situation mit katastrophalen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ohne Zweifel haben wir eine



fatale demografische Entwicklung und defizitäre Haushaltslagen bei Bund, Ländern und Gemeinden.

Doch bei der Analyse der aktuellen Situation und den damit verbundenen zukünftigen Herausforderungen kommt die Frage nach den Ursachen oftmals zu kurz.

Tatsache ist, dass die staatlichen Einnahmen weggebrochen sind. Alleine durch die verfehlte Steuerreform sind dem Staat in den Jahren 2001 und 2002 rund 44 Mrd. Euro Körperschaftssteuer verloren gegangen. Hauptprofiteure sind die Großunternehmen, die oftmals keinen Cent Körperschaftssteuer bezahlt haben.

Tatsache ist auch, dass die

Arbeitnehmer mit ihren Steuern einen immer höheren Anteil an der Finanzierung unseres Staates tragen.

Nahezu jeden Tag sind den Medien neue, oft widersprüchliche Vorschläge von verantwortlichen Politikern zur Steuer-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu entnehmen. Meist dient dieses leider eher der Selbstdarstellung als der Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Das zum Teil unverantwortliche Verhalten von Politikern führt bei den Bürgern, bei unseren Kolleginnen und Kollegen zu immensen Verunsicherungen und weckt auch Ängste vor einem drohenden sozialen Abstieg. Hinzu kommt, dass die Parteien bzw. deren verantwortliche Politiker jetzt etwas anderes sagen, als sie noch im Herbst 2002 vor bzw. nach der Bundestagswahl versprochen haben. Die Glaubwürdigkeit der Politik nimmt durch dieses Verhalten weiter großen Schaden.

Doch die jetzige Problemstellung kommt nicht ganz überraschend. Schon in den letzten Jahren mussten die Bürger eine Reihe von sozialen Verschlechterungen hinnehmen – von der „Gesundheitsreform“ bis zur „Rentenreform“. Alles hatte einen höheren Beitrag der Bürger zur Finanzierung bzw. Kürzungen bei den Leistungen zur Folge.

Auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte hatte diese Entwicklung bereits einschneidende Verschlechterungen zur Folge:

- Besoldungsabkopplungen
- Streichung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage
- Einfrieren des Urlaubs- und

Weihnachtsgeldes

- Verschlechterungen bei der Beihilfe und Freien Heilfürsorge
- Verschlechterung der Hinterbliebenenversorgung

Wir haben also an allen „sozialen Verschlechterungen teilgenommen“. Doch das wird von der Politik gern verschwiegen.

Nun werden weitere Kürzungen vollzogen bzw. angekündigt. Sei es für Arbeitnehmer generell, für unsere Tarifbeschäftigten, für die Beamtinnen und Beamten oder auch speziell für Polizistinnen und Polizisten. Das geht von der Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit bis zur Kürzung bzw. Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Ganz zu schweigen von den zu erwartenden Verschlechterungen im Bereich der Gesundheit und der Altersversorgung. So genannte „Reformen“ stehen an.

Auch drastische Personal Kürzungen werden in einer Reihe von Ländern vollzogen.

Auf diese schwierige gesellschaftliche Situation müssen wir uns alle einstellen. Wir stehen vor einem weit reichenden gesellschaftlichen Umbruch. Es geht um ein Zurückdrehen sozialer Standards.

Gemeinsam müssen wir folgende Fragen beantworten: In welchen Bereichen sind Reformen notwendig bzw. zu akzeptieren? Welche Kürzungen sind Sonderopfer und stoßen auf unseren geschlossenen Widerstand?

Die Mitglieder erwarten von ihrer GdP, dass sie sich nicht nur verweigert, sondern an der Lösung von Problemen mitwirkt. Dem wollen wir uns auch stellen. Aber bitte keine Sonderopfer für die Beschäftigten der Polizei, für die Polizistinnen und Polizisten.

Die GdP zwischen „Protest und Gestaltung“ – dafür brauchen wir euch alle.

Zu: „Einsatz gegen Aufspaltung“, DP 7/03

Ich bin seit April '97 Polizeibeamter in Sachsen-Anhalt. Nun werde ich zum 01.09.2003 mein Bundesland verlassen und in den Dienst des Landes Bayern treten. Warum? Unser Bundesland hat beruflich und finanziell null Perspektive. Mein Standort, die Bereitschaftspolizei Halle, wird aus Kostengründen geschlossen und nach Magdeburg verlegt. Das wären dann ungefähr 200 km Fahrstrecke pro Arbeitstag. Nun müsste ich große Abstriche von meinem bisherigen Lebensstandard machen, sowohl zeitlich als auch finanziell. Dazu kommt, dass der Staat Einschnitte in der Kilometerpauschale und in den Sonderzuwendungen vornehmen will und wird.

Des Weiteren verdient man in den neuen Bundesländern immer noch ungefähr 10 Prozent weniger als in den alten Bundesländern – und das im 13. Jahr nach der Wiedervereinigung!

Außerdem hat unser Land kein Geld für Beförderungen, es kann nicht mal die ausgelerten Kommissare ernennen geschweige denn, den mittleren Dienst. Dies bewog mich (und noch einige meiner Kollegen), unser Bundesland zu verlassen. Ich übe meinen Beruf sehr gerne als Bereitschaftspolizist im BFK und demnächst im USK in Nürnberg aus.

Wir als Polizeibeamte (aller Bundesländer und des Bundes) nehmen unregelmäßige Arbeitszeiten, wenige freie Wochenenden in Kauf und stellen unsere Gesundheit und sogar unser Leben zur Verfügung für die Sicherheit und Ordnung in unserem Staat. Deshalb meine ich, haben wir eine dementsprechende Besoldung verdient! Jedoch was der Staat jetzt vor hat, geht eindeutig zu weit! Darum bitte ich und fordere gleichzeitig im Namen vieler Kollegen Euch auf zu handeln, denn so kann es nicht weitergehen!!! Wir sind nicht dafür da, die Haushaltslöcher zu stopfen! Und kümmert Euch auch

um die Beamten in den neuen Bundesländern, sonst wird die Abwanderungswelle stark zunehmen. Da die Bundesländer über wenig Finanzkraft verfügen, werden die Einschnitte nach der Öffnungsklausel die Beamten erheblich treffen!

Stephan Illini, per Mail

Zu: „Wir werden mit am Ruder bleiben“, DP 8/03

Angesichts der jetzigen Situation um die Polizeien der Länder und des Bundes und der sich ständig verändernden politischen Situation in Deutschland und in ganz Europa kann es jetzt nicht mehr nur noch um eine gewerkschaftliche Vermittlerrolle gehen. Es besteht die Gefahr, veraltet und handlungsunfähig zurück zu bleiben. Die IG Metall sollte auch der GdP ein mahnendes Beispiel sein. Es kann meiner Meinung nach nicht mehr nur das Aushandeln von Kompromissen sein. Vielmehr muss sich die Gewerkschaft ihrer Funktion als Interessenvertreter der Mitglieder wieder erinnern. Mein Interesse war es nicht, ungerecht bezahlt und nicht mehr befördert zu werden sowie Zulagen gekürzt zu bekommen. Dagegen helfen auch die teilweise grandiosen und medienwirksamen Aktionen der GdP nicht. Letztendlich sehen die Polizisten mehr arbeiten und weniger Geld bekommen. Da kann ich beim besten Willen keine Fairness entdecken.

Was hat denn nun die andere Seite als Kompromiss „auszuhalten“? Wenn ich etwas wüsste, was sich die gegnerischen Verhandlungspartei verkneifen musste und was auch wirklich weh tut, würde ich jetzt etwas hinschreiben. Aber leider fällt mir dazu nichts ein. Die Stimmung an der Basis ist verdammt schlecht. In Diskussionen wird immer wieder deutlich, dass dem stärkeren Druck aus der Politik auch ein stärkerer Druck aus den Gewerkschaften entgegengesetzt werden muss. Das Streik-

recht muss einfach kommen. Dafür solltet Ihr Euch mit einsetzen. Und das so, dass auch alle, wirklich alle, Mitglieder etwas davon merken. In diesem Sinne lasst uns weiter und intensiver der Politik Dampf unter dem Hintern machen.

Bernd Kruse, Basdorf

Zu: „Leserbrief zum Sozialabbau im Öffentlichen Dienst von Uwe Blömker“, DP 8/03

Ich kann Uwe Blömker nur zustimmen und muss Details nicht wiederholen. Die Konsequenz sollte wirklich lauten:

- Abbau des Beamtenstatus auch für die Polizei
- Streikrecht

Die Vorteile:
- Die Gängelung im Mitarbeiterbereich bekommt eine Gegenkraft. Faule und sozial unverantwortliche Mitarbeiter können schneller entlassen werden; niemand hört mehr den blöden Spruch von den so genannten „Privilegien“, die es überhaupt nicht gibt.

Die Gängelei und die Einführung von Steckkarten zur Arbeitszeitkontrolle haben so wieso schon bewiesen, dass der von einem Beamten zu erwartende Arbeitsinhalt gar nicht wichtig ist. Es kommt nur auf die Anwesenheitszeit an. Das würde sich vielleicht künftig ändern. Dabei würden zwar auch widerpenstige und angstlose Mitarbeiter leichter rausfliegen, aber damit würde die Wirklichkeit auch klarer abgebildet als heute, wo der Apparat mutige Unkündbare „ertragen“ muss.

Leider würde das aber, lieber Uwe, an der desolaten Misswirtschaft in Staat und Verwaltung mit den Folgen für die Budgets überhaupt nichts ändern. Oder?!

Bernward Boden, Köln



Kollege Blömker hat mir und vielen Kollegen aus dem Herzen gesprochen: Weg mit dem

Beamtenstatus, her mit dem Streikrecht!

Carsten Lindemann, per Mail

Zu: „Wo der Trend hingeht“, 8/03

Die Auffassung vieler Kollegen geht in diesen Tagen zunehmend weg von dem dauernden Lamentieren. Die Beiträge von unserem Vorsitzenden Konrad Freiberg in vielen Medien und natürlich auch in der Zeitschrift „DEUTSCHE POLIZEI“ werden nichts nützen. Geredet und Aufgezeigt wurde nun genug.

Wir können nicht unsere besondere Stellung und Verantwortung in der Gesellschaft den verantwortlichen Politikern versuchen zu unterbreiten, um dann auch schon wieder in unsere Löcher zu verschwinden.

Schluss mit dem Schmusekurs! Schluss mit dem Gerede!

Lasst uns flächendeckend einige Aktionen starten. Zum Beispiel bietet uns das Ordnungswidrigkeitenrecht eine wunderschöne Plattform.

Alle Kollegen warten auf das Startsignal – worauf wartet Ihr? Wir müssen uns wehren.

Markus Conrad, per E-Mail

Zu: „Dauerbrenner Arbeitsschutz“, DP 8/03

Als ich die letzte Ausgabe der GDP-Zeitschrift (August 2003) in den Händen hielt und mir das Deckblatt betrachtete, schwelgte ich in Erinnerungen: Die Schutzweste ...

Ich erinnerte mich, dass im letzten halben Jahr einmal versucht wurde, meinem Streifenpartner und einmal mir selbst, die Dienstwaffe vom polizeilichen Gegenüber zu entreißen. Ich erinnerte mich, dass ich bei mehreren Einsätzen bei aktuellen Einbruchdiebstählen, Familienstreitigkeiten, Schlägereien etc. nie verletzt wurde. Ich erinnerte mich, wie Herr Innenminister Zuber in den lokalen Printmedien die neuen Schutzwesten für die Kollegen vorstellte (hätte ich

den Zeitungsausschnitt behalten; er wäre leider schon vergilbt). Ich erinnerte mich, wie ich am 04.03.2002 mit mehreren Kollegen aus der Freischicht, in Worms (einfache Fahrt 88 km) vermesen wurde.

Moment mal! Jetzt erinnere ich mich, dass ich noch gar keine „eigene“ Weste habe!!!!

Habe ich in anderthalb Jahren Wartezeit Glück gehabt (ein Dank an die Einsatztrainer)? Seltensamerweise häufen sich die Angriffe erst in den letzten Jahren.

Ja, wir sind mit dienstlichen Schutzwesten ausgerüstet, aber übergestreift kann man mit ihnen kein Auto fahren. Kein Bürger hatte Verständnis dafür, wenn man bei einer Kontrolle, erst einmal die Schutzweste überzieht.

Ich schreibe diese Zeilen in Gedenken an alle „vergessenen“ Kolleginnen und Kollegen, denn ich habe gehört, dass ich kein Einzelfall bin. Auch eine telefonische Nachfrage bei unseren „Besorgern“ verlief ohne positive Rückmeldung bzw. keiner Rückmeldung. Spannend bleibt jetzt noch die Frage: Wer gewinnt das Rennen? Die Schutzweste oder das Buch zu meinem 25-jährigen Dienstjubiläum in 3 Jahren.

Joachim Linke, PI Simmern

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Al-Qa'ida – Hydra des islamistischen Terrorismus

Weltweit agiert der islamistische Terrorismus, dessen internationale Netzwerke auch Deutschland längst erreicht haben. Fremde, oft exotische Namen von Attentätern, Anschlagorten und Ausbildungsstätten von Fanatikern sind ein Beleg für diese Globalität. Sie finden sich heute bei uns in Polizeidarstellungen, Geheimdienst dossiers, Gerichtsprotokollen und nicht zuletzt in Medienberichten. Die nachfolgende Zusammenstellung will ein wenig Ordnung in verwirrende Strukturen bringen.

Von Berndt Georg Thamm

Die Mythologie des antiken Griechenland kannte ein vielköpfige Schlange, die Hydra, deren Giftatem alles vernichtete. Im Kampf mit diesem Untier machte Herkules die Erfahrung, dass jedes Mal, wenn er einen Kopf abschlug, zwei neue nachwachsen. Selbst der starke Zeus-Sohn war diesem Feind alleine nicht gewachsen. Besiegen



Die Terror-Spur

2. Dezember 2001 – Frankreich

Passagiere und Besatzung des Flugs 63 der American Airlines von Paris nach Miami vereitelten ein Sprengstoffattentat: In der Boeing 767 versuchte Richard Reid (alias Abdel Rahim) einen im Schuh versteckten Sprengsatz zu zünden.

22. Januar 2002 – Indien

Mitglieder der in Pakistan ansässigen Extremistengruppe Harkat-ul-Jehad-e-Islami verübten auf das US-Kulturzentrum in Kalkutta einen Anschlag: fünf Polizisten getötet, 20 Menschen z. T. schwer verletzt.

23. Januar 2002 – Pakistan

Der in Sachen des „Schuh-Bombers“ Reid in Pakistan recherchierende 38-jährige US-Journalist David Pearl wurde in Karatschi entführt und ermordet.

17. März 2002 – Pakistan

Anschlag auf die im Diplomatenviertel Islamabad gelegene Kirche der Internationalen Protestantischen Gemeinde: vier Tote, 45 Verletzte.

11. April 2002 – Tunesien

Ein mit Flüssiggasbomben beladenen Kleinlaster explodierte auf Djerba

vor der Al-Ghriba-Synagoge: 19 Tote (darunter 14 deutsche Urlauber, 20 weitere Deutsche wurden verletzt). Al-Qa'ida bekannte sich zu dieser „Operation“.

23. April 2002 – Deutschland

Nach einer bundesweiten Razzia gegen eine Zelle der sunnitisch-palästinensischen Gruppe al-Tawhid (Einheit Gottes) sagte der 26-jährige palästinensische Jordanier Shadi Moh'd Mustafa Abdallah, am 23. Juni 2003 im Prozess vor dem OLG Düsseldorf umfassend aus. Danach hatte die deutsche al-Tawhid-Zelle An-

konnte er es nur mit Hilfe seines Gefährten Ilaos.

Die Hydra des islamistischen Terrorismus heißt al-Qa'ida und wie Herkules machten auch die USA die Erfahrung, dass dieser ebenfalls vielköpfige Gegner nur im Verbund mit einer internationalen Anti-Terror-Allianz bekämpft werden kann. In gut einhalb Jahren waren bis zum Frühjahr 2003 alle militärischen Camps der Terror-Hydra in Afghanistan zerstört, ein Drittel der rund 30 Führungspersonen und mindestens 2.000 der einfachen Mitglieder im Rahmen der globalen Terrorismusbekämpfung durch Militär, Polizei und Nachrichtendienste festgenommen oder getötet worden. Die Basis in Afghanistan bröckelte und die alte al-Qa'ida gibt es heute nicht mehr. Sie hat sich gewandelt: Das operative Geschäft des Terrors haben erfahrene Kämpfer übernommen, die als „Djihâd-Manager“ ihr Know-how an interessierte Gruppen weitergeben. Den Kern des neuen al-Qaida-Potentials machen heute rund 20.000 Gewaltbereite in der gesamten muslimischen Welt aus – von Südostasien über den Nordkaukasus bis nach Ostafrika. Diese reorganisierte al-Qa'ida ist im Herbst 2003 ein sehr loses Netzwerk, dessen Struktur geprägt ist von weitgehender Autonomie einzelner Gruppen. Rund 30 islamistische Terrorgruppen sind heute die Köpfe der Hydra al-Qa'ida, deren Giftatem „Ungläubige“ vernichtet, wo immer er sie trifft.

Werber für den Djihâd (Heiliger Krieg) – mitten in Europa

Einem Bericht des niederländischen Geheimdienstes AIVD (Algemene Inlichtingen- en Veiligheidsdienst) zufolge, versuchen islamistische Terrorgruppen, in Westeuropa Fuß zu fassen und vor Ort neue Kämpfer zu werben und auszubilden. Die Anwerber konzentrieren sich vor allem auf Niederländer marokkanischer Herkunft, die in zweiter und dritten Generation dort leben, Niederländisch gut und Arabisch schlecht sprechen. 18 bis 32 Jahre alte Männer gelten als besonders gefährdet. Erste Kontakte zu ihnen werden in Kaffeehäusern, Internetforen und in Gefängnissen, meist jedoch in den Moscheen geknüpft. Die Anwerber der jungen Djihâdisten sind nach Erkenntnissen des AIVD weitgehend Afghanistan-Kämpfer, die sich seit den späten 1980er Jahren im Westen aufhalten, vorwiegend aus Mauretanien, Libyen und Algerien kommen und aufgrund ihrer Kriegserfahrungen noch immer mit den Netzwerken am Hindukusch verbunden sind, was al-Qa'ida-Kontakte mit einschließt. Sie werden von den Jugendlichen als Führer vor allem wegen ihrer Kampferfahrung akzeptiert. Um noch mehr Ansehen zu gewinnen, streben die Anwerber bedeutende Positionen in den Moscheen an – gleich-

zeitig leben sie sehr zurückgezogen. Mehrere Dutzend Kämpfer, so AIVD-Leiter Sybrand van Hulst, seien vor dem Sturz der Taliban in afghanischen Trainingscamps ausgebildet worden und trainierten nun im Untergrund in Europa weiter für ihre Einsätze.

Man muss davon ausgehen, dass analog zu den Niederlanden auch unter den jungen Muslimen in Großbritannien, Frankreich und Deutschland geworben wird. So soll der im März 2003 verhaftete 32-jährige Tunesier Ihsan Garnaoui in der Al-Nur-Moschee in Berlin Muslime für den Terrorkampf rekrutiert und möglicherweise einen Sprengstoffanschlag vorbereitet haben. BKA-Beamte beschlagnahmten bei seiner Verhaftung ein Handy, das wahrscheinlich als Zündauslöser verwendet werden sollte (am 12. Oktober 2002 war auf der Ferieninsel Bali über ein Handy ein drei Zentner schwerer Sprengsatz gezündet worden).

Ein „Haus des Islam“ in Südostasien

„Darul Islam“ bedeutet „Haus des Islam“. Der Name steht für jene Bewegung, die einen islamischen Staat in Südostasien anstrebt, der Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei und den Süden der Philippinen umfassen soll. Für die Realisierung dieser pan-islamischen Idee kämpfen mit Terroranschlägen

Gruppen wie die „Kumpulan Majahidin Malaysia“ (KMM) und die indonesische „Jemaah Islamiya“ (JI) gleichermaßen; und in Thailand sind es die Krieger der Pulo (Vereinigte Befreiungsorganisation Pattani), die den muslimisch geprägten Süden des Landes an Malaysia anschließen wollen.

Die Fanatiker, so Singapurs Geheimdienst ISD (Internal Security Department), verfügten schon im Herbst 2001 über ein eigenes Netzwerk („Mudjahidin in Südostasien“). In diesem Bündnis half man sich gegenseitig mit Logistik und Waffen. Die Verzweigungen des Netzwerks reichen über Südostasien (Pakistan, Afghanistan) und die arabische Welt (Ägypten) bis in die Muslimgemeinschaften Europas, auch die in Deutschland (Hamburg und Köln).

Der Djihâd dieser Extremisten wird von finanzstarken Scheichs aus Nah- und Mittelost unterstützt – seit vielen Jahren auch von der al-Qa'ida.

Al-Qa'idas starke Verbündete

Südostasien gehört heute zu den wohl intaktesten geographischen Zentren des al-Qa'ida-Netzwerkes.

In der Region mit ihrer schwer zu kontrollierenden Inselwelt sind fast eine Viertel Milliarde Muslime beheimatet. Die Regie-

schläge in Düsseldorf und Berlin auf eine von Juden betriebene Diskothek in der Altstadt und das Jüdische Gemeindehaus in Berlin vor. Weiterhin wies Shadi Abdallah auf angeblich aktive al-Qa'ida-Zellen in Nordrhein-Westfalen (Duisburg, Köln, Krefeld und Haan bei Düsseldorf) hin.

8. Mai 2002 – Pakistan

Bombenanschlag auf einen Bus in Karatschi: zehn französische Ingenieure und drei Pakistani getötet, sowie Dutzende Menschen z. T. schwer verletzt.

10. Mai 2002 – Russland

Anschlag auf einem Jubiläumsmarsch in Kapiisk: 42 Tote – darunter 17 Kinder –, über 150 Verletzte.

14. Juni 2002 – Pakistan

Bombenattentat in unmittelbarer Nähe des US-Konsulats in Karatschi: elf Tote, 45 Verletzte.

5. September 2002 – Afghanistan

Eine Autobombe detonierte in Kabul, über 20 Menschen starben. Wenige Stunden später entkam Afghanistans Präsident Hamid Karsai in Kandahar nur knapp einem Mordanschlag.

6. Oktober 2002 – Jemen

Ein mit Sprengstoff beladenes kleines Boot rampte den vor der jemenitischen Hafenstadt Mukalla befindlichen französischen Öltanker „Limburg“. Ein bulgarischer Seemann starb, rund 90.000 Barrell Öl traten aus.

12. Oktober 2002 – Indonesien

Auf Bali wurden die weltweit schlimmsten Terroranschläge seit dem 11. September 2001 verübt: Zwei Explosionen in Kuta, im Nachtclub „Paddy's Bar“ sowie vor der Diskothek „Sari Club“, töteten 200 Disco-

besucher aus 21 Ländern; darunter 88 Australier, 38 Indonesier, 22 Briten, 7 US-Bürger und sechs Deutsche und die zwei Attentäter. Über 300 Menschen wurden verletzt.

17. Oktober 2002 – Philippinen

Bei zwei Bombenanschlägen in benachbarten Einkaufszentren der südphilippinischen Hafenstadt Zamboanga wurden sechs Menschen getötet und 144 verletzt. Sieben weitere Sprengsätze in der Umgebung der Tatorte konnten rechtzeitig entschärft werden.

TERRORISMUS

rungen der südostasiatischen Länder kämpfen seit Jahren gegen lokale islamistische Gruppen, haben sich doch an den Rändern ihrer Gesellschaften Radikalisierungen vollzogen – alles zusammen günstige Voraussetzungen für die al-Qa'ida, deren Unterhändler hier bereits 1998 Kontakte zu islamistischen Untergrundgruppen suchten. So fanden zwischen 1999 und 2001 z. B. fünf „Terror-Gipfel“ am Rande der Hauptstadt Malaysias, Kuala Lumpur, statt, auf denen Islamisten der eigenen Region, Führungspersonen der JI sowie Abgesandte Osama Bin Ladens vertreten waren.

Der Kuwaiter Omar al-Faruk – vom indonesischen Geheimdienst BIN am 5. Juni 2002 verhaftet und auf die US-Militärbasis im afghanischen Bagram überstellt – soll über Jahre als Chefrepräsentant Bin Ladens in Indonesien fungiert haben. Außerdem sollen hier noch im vergangenen November etwa 400 gut ausgebildete al-Qa'ida-Leute tätig gewesen sein, die in Afghanistan, im malaysischen Bundesstaat Negeri Sembilan, auf der philippinischen Insel Mindanao und im Dschungel nahe der indonesischen Stadt Poso auf Sulawesi im Nahkampf und Bombenbau geschult worden waren.

Indonesiens gewaltbereite Islamisten



Abu Bakar Ba'asyir – das geistige Oberhaupt der radikal-islamistischen Gruppe Jemaah Islamiya wird von Wachleuten dem Gericht in Jakarta zugeführt. Die Gruppe steht im Verdacht, Sprengstoffattentate auf US-Einrichtungen in Singapur geplant zu haben.

Mit über 190 Mio. Moslems ist Indonesien der bevölkerungsreichste muslimische Staat der Welt. Elf muslimische Gruppen gelten im Inselstaat als gewaltbereit. Zu diesen gehören z. B. die „Islamische Jugendbewegung“ (GPI) und die „Islamische Verteidigungsfront“ (FPI), die Stätten unislamischer Lebensweisen wie Bars, Bordelle und Spielhöhlen im Visier haben. Zu den größten Gruppen zählen die Jemaah Islamiya und die einst von Armeeeoffizieren begründete „Laskar Jihad“. Deren arabischstämmiger Führer Jafar Umar Thalib hatte sich zum Ziel die Vertreibung „Ungläubiger“ (= Christen) auf den indonesischen Molukken-Inseln gesetzt. Seine von Java kommenden 2.000 Kämpfer führten ab 1999 einen Djihâd gegen dortige christliche Dörfer, unterstützt von ausländischen Mudjahidin. Westliche Nachrichtendienste wussten schon im Sommer 2001, dass „Gotteskrieger“ aus Ägypten,

Saudi-Arabien und dem Jemen auf der Insel Ambon eingetroffen waren, um Laskar Jihad zu unterstützen. Das Städtchen Poso im Zentrum der Insel Sulawesi diente gar, so Indonesiens Geheimdienstchef Generalleutnant Hendropriyono, „ausländischen Terroristen als Zufluchts- und Ausbildungsstätte“.

Abu Bakar Ba'asyir – der „Prediger des Djihâd“

Der heute 65-jährige arabischstämmige Abu Bakar Ba'asyir baute in Indonesien nach der Militärdiktatur 1998 mit seiner al-Mukmin-Madrasa in Solo auf Zentral-Java eine Religionschule auf, in der zig Tausende junger indonesischer Muslime auf den „Heiligen Krieg“ vorbereitet wurden – Motto der Schule: „Der Djihâd ist unser Weg – der Tod im Auftrag Allahs unser höchstes Ziel“.

Ba'asyir steht auch dem „Indonesischen Mudjahidin Rat“ (MMI) vor, einer Dachorganisation mehrerer religiöser Gruppen, die für die Einführung des islamischen Rechts (Scharia) in Indonesien eintritt. Vor allem aber ist er der Kopf der von ihm im malaysischen Exil 1993 gegründeten Jemaah Islamiya. Um den pan-islamischen Staat Südostasien zu realisieren, überzieht seine bis zu 3.000 Mitglieder starke Organisation die gesamte Region mit Bombenterror. Singapur vermutet, dass die JI bereits seit 1997 Attentatspläne schmiedet. Im Stadtstaat sollen amerikanische, britische, australische und israelische Einrichtungen von JI-Aktivisten ausgespäht worden sein. In Indonesien selbst wurde die JI erst nach den Anschlägen auf Bali, für die sie verantwortlich gemacht wird, ernsthaft bekämpft. Sie steht auch hinter dem Anschlag auf das US-Hotel „Marriott“ in der Hauptstadt Jakarta.

23. Oktober 2002 – Russland

Im Musicaltheater „Nord-Ost“ in Moskau nahm ein 50-köpfiges tschetscheno-islamistisches Kommando rund 780 Besucher als Geiseln, darunter zwei Deutsche. 58 Stunden später stürmten Soldaten von Elite-Einheiten das besetzte Theater unter Verwendung eines Nervengases. 41 Terroristen wurden getötet, 129 Geiseln starben noch im Theater bzw. an den Folgen des betäubenden Einsatzmittels, 650 überlebten.

28. Oktober 2002 – Jordanien

Vor seinem Haus in der Landeshauptstadt wird ein US-Diplomat von Muslimextremisten erschossen.

9. November 2002 – Großbritannien

Bei Razzien in Nord-London wurden sechs Männer festgenommen, die verdächtigt wurden, einen Giftgasanschlag (mit Cyanid) auf die U-Bahn vorbereitet zu haben.

28. November 2002 – Kenia

Bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe Mombasas wurden 16

Menschen in den Tod gerissen und 80 verletzt, als ein Wagen in der Lobby des Strandhotels „Paradise“ in Kikambala durch eine Autobombe gesprengt wurde. Zeitgleich hatten drei Männer in der Nähe des Flughafens von Mombasa einen Jeep mit zwei russischen Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM-7 Strela in Stellung gebracht. Ziel der Abwehrraketen war die Boeing 757 der israelischen Fluggesellschaft Arkia mit 261 Passagieren an Bord. Kurz nach dem Start feuerten die Attentäter die Raketen aus geringer Distanz ab – glücklicherweise zu früh.

29. November 2002 – Jemen

Nachts wurde gegen ein Regierungskomplex in der Stadt Maareb, 140 Kilometer östlich der Hauptstadt Sanaa gelegen, ein Sprengstoffanschlag verübt. Menschen kamen nicht zu Schaden.

16. Dezember 2002 – Frankreich

Frankreich wäre nur knapp einem Terroranschlag entkommen, erklärte Innenminister Nicolas Sarkozy in der Nationalversammlung, nachdem in Paris drei verdächtige Islamisten vom Inlandsgeheimdienst DST festgenommen

TERRORISMUS

Die Kenntnissgewinnung süd-ostasiatischer Nachrichtendienste und Polizeien machen über Jahre immer deutlicher, wie eng die Verbindungen der JI zur al-Qa'ida war und ist. Nach Ansicht des al-Qa'ida-Kenners Rohan Gunaratna ist Ba'asyir heute „der ideologische, spirituelle und politische Führer von al-Qa'ida in Südostasien“. Der Militärchef der JI, Riduan bin Isomuddin (alis Hambali“), wurde Mitte August in Thailand verhaftet.



Der Indonesier Fathur Rohman el Ghazi – der Sprengstoffspezialist für die Jemaah Islamiya wurde am 2.7. 2003 im philippinischen Justizministerium zu einer Anschlagserie in Manila verhaftet, bei der über 20 Menschen getötet wurden. Am 17.7. konnte er aus der Haft fliehen.

Der Pazifik – Rückzugsgebiet für Terroristen?

Nicht nur Südostasien ist vom Terrorismus und dessen Netzwerken bedroht. Deren Einfluss könnte auch in die Weite des Stillen Ozeans ausgreifen, warnte Anfang 2002 Gerard A. Finin, Pazifik-Beobachter am Forschungsinstitut East-West Center in Honolulu auf Hawaii. Vierzehn Inselstaaten bildeten dort ein schwaches Glied im Kampf gegen den Terrorismus – ein weitgehend „sich selbst überlassener Raum, der als Rückzugsgebiet für Terroristen anfällig geworden ist“. Oft sind die Inselstaaten des Pazifiks auf dubiose Einnahmequellen angewiesen, die von Terroristen genutzt werden könnten, etwa durch den Kauf von Staatsbürgerschaften und Reisepässen. Auch kamen dortige Banken als Schleusen für Terrororganisationen in Frage. So gehört beispielsweise ein

Drittel der Geldfilialen des Inselstaates Nauru arabischen Banken. Eine arabische Spur führt auch in den Norden des Kaukasus.

Nordkaukasus – die arabische Spur

Nach dem ersten Tschetschenienkrieg (1994-96) gelang es dem 1997 gewählten Präsidenten Aslan Maschadow nicht, die Clans der Republik „Itschkerija“ für den Aufbau eines funktionierenden Staates zu interessieren. In dem von Generälen und Mafiosi zerrütteten Land fanden hingegen Heilsverkünder aus arabischen Ländern dankbare

Zuhörer. Die jüngere Generation war insbesondere von den Wahnhabiten (Bekennern der Einheit Gottes) angetan, einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. 1902 halfen bereits wahnhabitische Beduinenkrieger, den Grundstein für das Königreich Saudi-Arabien zu legen, wo heute eine moderne Form des Wahnhabitentums als Staatsdoktrin gilt. Vor gut 20 Jahren kämpften die ersten Wahnhabiten als Kriegsfreiwillige gegen „ungläubige“ Rotarmisten in Afghanistan. Zehn Jahre später sickerten sie zur Missionierung in den Nordkaukasus ein. Ihre Vision von einem dortigen Gottesstaat, zu dessen Realisierung sich zunächst Tschetschenien und Dagestan vereinigen sollen, fasziniert nicht wenige Nordkaukasier. Und ihre Parolen vom Djihād gegen die „ungläubigen“ Russen schweißen heute – im zweiten Tschetschenienkrieg (seit 1999) – die tschetschenischen Kämpfer für Unabhängigkeit mit den militanten, meist arabischen Wahnhabiten zusammen. Anfang des 21. Jahrhunderts erwächst damit ein über die nationalen Grenzen hinwegreichender militanter Islamismus.

Die „Union“ der starken Wahnhabiten

Der Tschetschene Mowladi Udugow, früher Propagandachef unter Dudajew, hatte vor rund

zehn Jahren mit Unterstützung saudischer Emissäre für die Verbreitung des wahnhabitischen „Ur-Islam“ in seiner Heimat gesorgt, in der bis dahin ein weniger strenger Volks-Islam herrschte. 1997 gründete er die Partei „Islamische Nation“, die zur politischen Heimat führender Wahnhabiten aus dem Nordkaukasus wurde. Deren Kämpfer hatten in jener Zeit ihre Hochburgen in den Ruinenstädten Tschetscheniens und in den Bergdörfern Dagestans. Militärisch waren sie in über 300 so genannten Dschamaats (Rotten) organisiert, die von Amirs (Verwaltungsleiter und Feldkommandeur) befehligt wurden.

Schon zu dieser Zeit kursierte das Buch des Wahnhabiten Tagajew „Die aufständische Imamarmee“, in dem die Schaffung eines einheitlichen „muslimischen Staates Nordkaukasus“ und die vollständige Vertreibung der dortigen russischen Bevölkerung propagiert wurde. Nach Angaben des russischen Orient-Instituts in Moskau gab es 1997 bereits mehrere Zehntausend wahnhabitische Muslime im Nordkaukasus.

Die islamistischen Befehlshaber hatten ihren „Stab zur Befreiung des Kaukasus“ in Grozny. Und eben hier organisierte Udugow zusammen mit den Feldkommandeuren Bassajew und Chattab am 12. September 1998 einen „Kongress der Völker Tschetscheniens und Dage-

worden waren. Nach Einschätzung der Ermittler hatten die mutmaßlichen Terroristen einen Bombenanschlag geplant.

26. Dezember 2002 – Philippinen

Gewalttaten mutmaßlicher islamistischer Extremisten haben an Weihnachten mindestens 29 Menschen das Leben gekostet: Am 26.12. überfielen Bewaffnete im Süden des Landes das Fahrzeug eines kanadischen Unternehmers und töteten zwölf Menschen; weitere neun waren verletzt worden. Zwei Tage zuvor hatten Extremi-

sten einen Sprengsatz im Haus des Bürgermeisters von Datu Piang detonieren lassen. Die Explosion tötete 17 Menschen.

27. Dezember 2002 – Russland

Als ein Fahrzeug mit einer Tonne Dynamit am tschetschenischen Regierungssitz in Grosny explodierte, wurden 46 Menschen getötet und mehr als 70 verletzt.

30. Dezember 2002 – Jemen

In der südjemenitischen Stadt Dschibla erschoss ein muslimischer Extremist in einem von Amerikanern

geführten Missionskrankenhaus den ärztlichen Leiter und zwei Ärztinnen. Ein weiterer US-Arzt wurde schwer verletzt.

5. Januar 2003 – Großbritannien

Bei einer Razzia im Norden Londons wurden sieben Personen (Algerier und Marokkaner) festgenommen, in deren Wohnung die Polizei Spuren des hochgiftigen Stoffes Rizin sicherstellte. Scotland Yard sprach vom bedrohlichsten Ereignis seit dem 11. September 2001.

Bei einer anschließenden Razzia in Manchester wurde ein Polizeibe-

amter einer Scotland-Yard-Sondereinheit von einem algerischen Tatverdächtigen niedergestochen.

Februar/März 2003 – Algerien

Im zig Tausende km² großen Dreieck der Wüstenstädte Djanet, Tamanrasset und Bordj Omar Driss verschwanden 31 europäische Sahara-Touristen (15 Deutsche, zehn Österreicher, vier Schweizer, ein Niederländer und ein Schwede). Mitte Mai kam ein weiterer Deutscher hinzu. Alle waren 1.500 km südlich von Algier als Geiseln ge-

beladenen Lastwagen in eine Milizstation fuhr. Weltweit wahrgenommen wurden die Spezialistinnen während des Geiseldramas im Moskauer Nord-Ost Theater.

Nach Schätzungen des russischen Inlandsdienstes FSB und des Militärs soll es heute bis zu 150 Selbstmordattentäter geben, meist im Alter zwischen 16 und 30 Jahren, darunter viele „schwarze Witwen“.

Der im Frühjahr 2002 einem Giftanschlag erlegene Chhattab war nicht nur Spezialist für Selbstmordkommandos, sondern auch Repräsentant der al-Qa'ida für den Kaukasus. Als sein Nachfolger gilt der aus Saudi-Arabien stammende Abu al-Walid, der ebenfalls das Vertrauen Osama Bin Ladens genießen soll und neuer Verbindungsmann zwischen den arabisch-extremistischen Gruppen und den tschetschenischen Kämpfern wurde.

Auch al-Walid arbeitet eng mit Bassajew zusammen. Dieser hatte erst vor wenigen Monaten auf ein ihm zur Verfügung stehendes Bataillon von etwa 30 Selbstmordattentäterinnen hingewiesen, das auch außerhalb der Grenze Tschetscheniens tätig werden würde.

Der tschetscheno-islamistische Terrorismus

Der Führung der alten al-

Qa'ida waren die Tschetschenen zu sehr auf ihren „Unabhängigkeitskampf fixiert“. Die neue al-Qa'ida anerkennt den Nordkaukasus – analog zu Südostasien – als eigenständige muslimische Region mit autonomen Gruppen. Dazu zählen beispielsweise die Organisationen „Kongress der Völker Tschetscheniens und Dagestans“, der „Oberste Rat der kaukasischen Mudjahidin“, aber auch das „Regiment der Schahids“, ein von Bassajew befehligtes Regiment islamistischer Selbstmordattentäter.

Diese drei Gruppen separatistischer Tschetschenen

wurden selbst von den USA im Februar 2003 zu terroristischen Vereinigungen erklärt. Das oberste Gericht Russlands hat auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft insgesamt gar 15 Vereinigungen der Separatisten offiziell verboten.

Wie in den 1980er Jahren das von Ungläubigen besetzte Afghanistan Ziel muslimischer Kriegsfreiwilliger war, entwickelte sich in den 1990er Jahren der von ungläubigen Russen befohlene Nordkaukasus zum Ziel

kampfmotivierter Mudjahidin. So sagte der angeklagte Marokkaner Mounir El Motassadeq im Hamburger al-Qa'ida-Prozess im Oktober 2002 aus, dass mehrere Beteiligte an den Todesflügen vom 11. September ursprünglich in Tschetschenien gegen die Russen kämpfen wollten.

Der zweite Tschetschenienkrieg war nach seinen Worten in

Mounir El Motassadeq – er gehörte seit Jahren einer Hamburger Terror-Gruppierung an – kannte die wesentlichen Umstände der Tat vom 11. September 2001 und er habe sie gebilligt: 15 Jahre Haft.



den Moscheen der Hansestadt ein wichtiges Thema gewesen. In einigen Moscheen hätte es Ausgänge gegeben mit Hinweisen auf Massaker, die im Kaukasus an Muslimen begangen würden. So wollten die Terrorpiloten Mohammed Atta, Marwan al-Shehhi und Ziad Jarrah sowie der 2002 festgenommene Ramzi Binalshibh ursprünglich in Tschetschenien kämpfen. Doch weil sie angeblich nicht gebraucht wurden, blieben sie in den Trainingscamps der al-Qa'ida am Hindukusch.

Ostafrika – Sammelpplatz radikaler Muslime

„Arabische Afghanen“ wurden arabisch-muslimische Freiwillige genannt, die in den 1980er Jahren Afghanistan als „Gebiet des Islam“ (dâr al-Islam) gegen bewaffnete „Ungläubige“ aus der Sowjetunion an der Seite der

„Gotteskrieger“ (Mudjahidin) verteidigten. Nach Schätzungen von Nachrichtendiensten sollen bis heute bis zu 5.000 trainierte Kämpfer aus Afghanistan in verschiedene Länder Afrikas zurückgekehrt sein. Auch Osama Bin Laden, die Nummer Eins der arabischen Afghanen, hatte für ein halbes Jahrzehnt (1992-1996) die Zelte seiner al-Qa'ida in Afrika aufgeschlagen. Es heißt, dass er vom Sudan aus Kontakte zu muslimischen Extremisten in Ostafrika, insbesondere in Somalia knüpfte.

bombe. Der Anschlag tötete 59 Menschen, überwiegend Zivilisten, darunter acht Kinder, und verletzte 197. Anschlagplaner sprechen lt. FSB für den aus Saudi-Arabien stammenden Abu al-Walid, ein Vertrauter Osama Bin Ladens.

12. Mai 2003 – Saudi-Arabien

Wenige Stunden vor einem Besuch von US-Außenminister Colin Powell verübten Selbstmordattentäter eine wohl organisierte Serie von Bombenanschlägen in Riad. Ziel waren die Wohnanlagen für westliche Ausländer in den Vierteln

Ghornata, Aschbilia und Janadrija. 35 Menschen wurden getötet (darunter 8 US-Bürger und die neun Attentäter) und fast 200 verletzt. Ein weiterer Sprengsatz wurde am Sitz der saudisch-amerikanischen Firma Siyanco gezündet.

14. Mai 2003 – Russland

In der Ortschaft Ilaschan-Jurt östlich der Hauptstadt Grosny wurden durch einen Selbstmordanschlag 18 Menschen getötet und mindestens 150 verletzt. Eine „schwarze Witwe“ hatte sich auf einem muslimischen Fest, das von tausenden Gläubigen besucht wurde, durch

die Zündung ihres Sprengstoffgürtels in die Luft gesprengt.

16. Mai 2003 – Marokko

Hunderttausende Menschen feierten auf den Straßen der Wirtschaftsmetropole Casablanca die Geburt des Sohnes von König Mohammed VI, als simultane Anschläge im Ausgeh- und Diplomatenviertel von Selbstmordattentätern begangen wurden. Etwa 20 Tote forderten die Explosionen im spanischen Kulturzentrum „Casa de Espana“, wo sich drei Attentäter im vollbesetzten Restaurant bzw. in der spanischen Han-

delskammer in die Luft sprengten. Parallel dazu sprengten sich Selbstmordattentäter im Luxushotel „Safir“ in die Luft. Je ein weiterer Sprengsatz detonierte vor einem italienischen Restaurant, vor einem sozialen Zentrum der Jüdischen Gemeinde und einem jüdischen Friedhof – insgesamt 43 Menschen (darunter 12 Attentäter) wurden getötet, fast 100 verletzt.

5. Juni 2003 – Russland

Eine tschetschenische „schwarze Witwe“ riss in Ilaschan-Jurt (Tschetschenien) 18 russische

Somalia – Land des Terrors und der Anarchie

Die einstige Kolonie der Briten vereinte sich mit dem früheren Italienisch-Somalia. Damals war das Ziel ein Großsomalien, das der spätere Diktator Siad Barre sogar nach Äthiopien ausdehnen wollte und in einen blutigen Krieg führte. Seit seinem Sturz 1991 liefern sich bis heute viele Warlords rivalisierender, seit Generationen verfeindeter Clans in stets wechselnden Allianzen Kämpfe um die lokale Macht. Auch 30.000 UN Soldaten, die zwischen 1992 und 1995 in Somalia Frieden stiften wollten, darunter erstmals ein deutsches Kontingent, mussten ergebnislos abziehen. Die USA erlebten ein Desaster, nachdem 1993 in der Hauptstadt Mogadischu über 20 Elitesoldaten der Delta Force und der US-Rangers von Kämpfern des Habirgedir-Clans des somalischen Warlords Mohammed Farah Aidid massakriert wurden.

Wieder sich selbst überlassen, zerfiel das muslimische Somalia in drei „Teilstaaten“ und entwickelte sich zur Brutstätte, zum Rückzugsgebiet, Trainingslager und zur Spielwiese des internationalen fundamentalistisch-islamischen Terrorismus. Diese Einschätzung teilte auch Osama Bin Laden (in einem Interview 1997), dessen Kämpfer auf Seiten der Somalis an der Operation gegen

die Amerikaner teilgenommen haben sollen. Seinen Djihad-Soldaten bot Somalia seinerzeit Unterschlupf und Handlungsmöglichkeiten.

Z. B. erklärte der Marokkaner Abu el Nur im Jahr 2001, dass der Mordanschlag auf Ägyptens Präsidenten Mubarak 1995 bei einem Staatsbesuch im äthiopischen Addis Abeba von ägyptischen Terroristen zusammen mit der al-Qa'ida nahe stehenden Muslimextremisten in Somalia vorbereitet worden sei.

Kämpfer der „Einheit des Islam“

Ein mehr als enges Verhältnis hatte al-Qa'ida zur somalischen „Al-Ittihad al-Islamiya“ (Einheit des Islam), einer seit 1990 aktiven Fundamentalistengruppe aus der Provinz Gedo an der Grenze zu Kenia. Da auch Al-



5.7.2003 vor dem Moskauer Flughafen Tuscino sprengten sich während eines Rockkonzertes zwei „schwarze Witwen“ in die Luft.

Einheiten in einer grenzüberschreitenden Militäraktion 1996 Al-Ittihad aus ihrem größten Militärstützpunkt „Lug“. Angeschlagen zog sich Al-Ittihad in das kaum zu kontrollierende Dreiländereck Somalia/Äthiopien/Kenia zurück. Bei dem Ziel, einen Gottesstaat zu schaffen, konzentriert sie sich auf die Durchimpfung der Jugend mit den Doktrinen des politischen Islam, die – ebenso wie die Scharia-Gerichte – Stabilität statt Anarchie verheißen.

Als im Sommer 2000 Übergangspräsident Abdulkassim Salat Hassan sein Amt antrat,

Ittihad die Idee eines Großsomalien vertrat, unterstützte sie Muslimextremisten in somalisch besiedelten Gebieten Äthiopiens.

Die Regierung in Addis Abeba machte Al-Ittihad für Bombenanschläge 1996/97 in der äthiopischen Hauptstadt und in Dire Dawa verantwortlich. In der Folge vertrieben äthiopische

Militärangehörige der Luftwaffe in den Tod. Piloten, die laut FSB eigentlich das Ziel des Anschlages waren, wurden nicht getötet. Weitere 13 Personen wurden schwer verletzt.

7. Juni 2003 – Afghanistan

Bundeswehrsoldaten der UN-Schutztruppe ISAF (International Security Assistance Force) waren von Kabul aus in Richtung Flughafen unterwegs, als auf der belebten Dschalalabad-Straße etwa fünf Kilometer von der Stadtmitte entfernt ein Taxi mit einer Autobombe ne-

ben dem ungepanzerten Bus explodierte. Von den 33 deutschen Soldaten wurden vier getötet und 29 verletzt, sieben schwer. Der Selbstmordanschlag ist nach Überzeugung von Bundesverteidigungsminister Peter Struck von einem al-Qa'ida-Terroristen begangen worden.

20. Juni 2003 – Russland

Bei einem Bombenanschlag in Tschetscheniens Hauptstadt Grosny wurden die beiden Attentäter, sechs Sicherheitsbeamte getötet und mindestens 35 Menschen verletzt. Zwei

Selbstmordattentäter, darunter eine Frau, zündeten einen mit Sprengstoff beladenen Wagen im Regierungsviertel (Stadtteil Staropromislawski).

4. Juli 2003 – Pakistan

Bei einem Terroranschlag auf eine schiitische Moschee in Quetta wurden fast 60 Menschen getötet und über 60 weitere verletzt. Während des Freitagsgebets warfen die mutmaßlichen Selbstmordattentäter Granaten auf die Gläubigen und feuerten wahllos in die Menge. Alle drei Attentäter kamen ums Leben.

5. Juli 2003 – Russland

Zum Rock-Festival „Krylja“ (Flügel) im Nordwesten Moskaus mit rund 40.000 Zuschauern sprengten sich zwei Frauen vor dem Konzertgelände in die Luft. Der erste Sprengsatz tötete die Attentäterin und drei in ihrer Nähe befindliche Besucher. Der Sprengsatz der zweiten Selbstmordattentäterin war zusätzlich mit Metallsplintern, Schrauben und Nägeln präpariert. Er tötete neun Menschen und die Attentäterin. 48 Menschen wurden insgesamt verletzt. Die meisten Opfer waren zwischen 16 und 25 Jahre alt.

übergab Al-Ittihad der neuen Regierung die von ihr aufgebauten Scharia-Gerichte in Mogadischu. Die provisorische Regierung revanchierte sich und rekrutierte ihre „Polizeitruppe“ zu großen Teilen aus ehemaligen Kämpfern der Al-Ittihad – viele davon in Afghanistan ausgebildet.

Heute, so westliche Nachrichtendienste, sollen noch bis zu 250 gut bewaffnete Al-Ittihad-Kämpfer unter dem Kommando eines Hassan Turki stehen, die sich an den Süzipfel des Landes an der Grenze zu Kenia zurückgezogen haben. Längst ist die Anarchie Somalias über die Grenze zum Nachbarn Kenia gewuchert, dessen wilder Nordosten heute als möglicher Schlupfwinkel für Terroristen gilt.

Kenia – Sicherheitslage instabil

Kenias Nordost-Grenze sei, so Kenias Polizeidirektor Philemon Abong'o, „ein Einfallstor für illegale Einwanderer und Ausländer, die mit dem Terrorismus verbunden sind“. Drei große Flüchtlingscamps bei Dadaab (100 km von der Grenze entfernt) gelten laut Zentrum für Flüchtlingsstudien in Kenia als Quelle der Gewalt. Hier sollen Al-Ittihad Kämpfer rekrutiert und ausgebildet werden. Außerdem würden in den Camps Religions-

fürher des Lagers im „Taliban-Stil“ predigen. Mit seiner muslimischen Bevölkerung an der Küste hat das Land traditionell gute Verbindungen zum ara-



Experten der israelischen Armee und des Mossad untersuchen am 29.11.2002 den Ort des Anschlags im israelisch geführten Hotel „Paradise“ in Mombasa. 16 Menschen sind bei dem Terroranschlag ums Leben gekommen. Fotos (6): dpa

bischen Raum. Von der Welt weitgehend unbemerkt, hat sich der arabische Bevölkerungsanteil in Kenia über Jahre mehr als deutlich erhöht – gute Voraussetzungen für arabischstämmige Ausländer „mit terroristischen Verbindungen“. Wohl auch vor diesem Hintergrund hinterließen al-Qa'ida-Zellen ihre Terror-

spuren in Ostafrika: Im August 1998 zündeten ihre Kämpfer vor den US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) Sprengsätze, die 219 Men-

ziehung, die sich von allen anderen Kontakten zwischen dem jüdischen Staat und afrikanischen Ländern abhebt. Mit zunehmender Einwanderung aus dem arabischen Raum müssen jedoch Israelis in Kenia mit Beziehungsstörungen rechnen. So hat sich die Küstennmetropole Mombasa zu einem Sammelplatz für radikale Muslime entwickelt, wo mehr oder weniger offen in der großen Sakina-Moschee Hass auf Israel gepredigt wird.

Mombasa gilt als Zentrum der Einwanderung aus dem Jemen, der Heimat der Bin Laden Familie. Auch der Imam Scheich Ali Schii, Führungsperson der radikalen Muslime in Kenia, ist Jemenit und Leiter des „Rates der Prediger und Imame Kenias“. Rekrutiert werden die radikalen Muslims aus den hier lebenden großen Gemeinschaften der Somalis, Sudanesen und der Jemeniten.

Es heißt, dass der „Predigerat“ schon vor zehn Jahren die Bildung von al-Qa'ida Zellen in Kenia unterstützt haben soll. Französische Nachrichtendienstler vermuteten, dass mit Unterstützung des Schii-Netzwerkes die Anschläge auf das von einem Israeli geführte Hotel „Paradise“ im Mombasa-Vorort Kikambala und auf die vom Airport Mombasa abfliegende israelische Boeing 757 am 28. November 2002 verübt worden seien.

Dieser terroristische Doppelschlag zeugt von einer neuen Stufe der Eskalation: erstmals wurden Boden-Luft-Raketen gegen Zivilisten eingesetzt.

10. Juli 2003 – Russland

Bei einem Anschlag in Moskau wurde ein 29-jähriger Major und Sprengstoffexperte des FSB getötet, als er versuchte, eine in einem Rucksack befindliche Bombe (die bis zu zwei Kilo Militärsprengstoff des Typs PWW enthielt) zu entschärfen. Wie es hieß, wollte die Witwe eines im Tschetschenienkrieg gefallenen Kämpfers die Bombe in Moskaus zentraler Einkaufsstraße Twerskaja zünden.

1. August 2003 – Russland

Ein Selbstmordattentäter zündete

te einen mit einer Tonne Sprengstoff beladenen Lastwagen vor dem Militärkrankenhauses der Garnisonsstadt Mosdok. Vor dem vierstöckigen Gebäude, in dem sich rund 120 Personen (darunter 98 Patienten) aufhielten, zündete er seine Autobombe. Das Krankenhaus wurde völlig zerstört: 50 Tote (darunter mindestens 22 Militärangehörige), mehr als 80 Verletzte.

5. August 2003 – Indonesien

Anschlag auf das 5-Sterne-Hotel der US-Kette „Marriott“, das als bevorzugter Ort für Empfänge der US-

schen töteten und über 5.000 verletzten.

Mombasa – die Macht des „Rates der Prediger“

Kenia und Israel verbindet seit Jahren eine besonders enge Be-

Botschaft galt und Treffpunkt vieler ausländischer Geschäftsleute sowie ranghoher indonesischer Politiker und Militärs war. Analog zum Anschlag in Bali war für diese „Martyrer-Aktion“ ein Sprengsatz in einem Kleinwagen vor den Hoteleingang gezündet worden. Die Explosion tötete mindestens zehn Menschen und verletzte rund 150.

Stand der Chronologie der Anschläge: 18. August 2003

Die verordnete Reform

Der Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform liegt vor. Er geht zurück auf die Konsensverhandlungen zwischen der Regierungskoalition und der Opposition. Aufgrund dieser „Unheiligen Allianz“ ist damit zu rechnen, dass die wesentlichen Bestandteile der beabsichtigten Reform auch Gesetz werden. Dennoch wird der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften im Gesetzgebungsverfahren alles daran setzen, dass seine Kritikpunkte Gehör finden und die besonderen Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begrenzt werden.

Ein Bündel an Maßnahmen soll die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) spürbar entlasten. Darauf verständigten sich am 22. Juli 2003 in Berlin die Regierungskoalition und die Opposition. Zur Entlastung der Lohnnebenkosten soll der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenkassen in Etappen auf 13 Prozent sinken. Dazu ist u.a. eine höhere Eigenbeteiligung der Versicherten an ihren Krankheitskosten vorgesehen.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass es zu einer Einigung bei der Gesundheitsreform gekommen ist. Allerdings sind die Reformeckpunkte nicht in allen Details zufrieden stellend gelöst worden. So sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besondere Belastungen tragen. Dies wird vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften nicht mitgetragen. Gleichzeitig fehlt es an wirkungsvollen Ansätzen, um den Wettbewerb für mehr Wirtschaftlichkeit und Qualität zu erhöhen.

Positiv zu bewerten sind:

- die stufenweise Senkung der Beitragssätze,
- die Verpflichtung der Krankenkassen, das Hausarztssystem flächendeckend anzubieten (für die Versicherten ist dieses Angebot freiwillig),
- die Einführung einer Patientenquittung,
- gesetzliche Rahmenbedingungen für den Versand von Arzneimitteln durch Apotheken an

den Endverbraucher,

- die Umfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der GKV aus Steuermitteln,
- die Einrichtung einer selbstverwaltungsnahen Institution für Qualität (abzuwarten bleibt, welchen tatsächlichen Einfluss die Arbeit der Stiftung auf die Qualität in der Versorgung haben wird).

Negativ zu bewerten sind:

- die Übertragung der Finanzierung des Zahnersatzes ab 2005 auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- die Übertragung der Finanzierung des Krankengeldes ab 2007 auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- die Öffnung des Zahnersatzes für die Private Krankenversicherung,
- die Versorgungsbezüge und Alterseinkünfte aus selbständiger Tätigkeit von Rentnern mit dem vollen Beitragssatz zu belegen,
- die Neugestaltung der Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten und Arztbesuchen.

Übertragung auf Beamtinnen und Beamte

Die Be- und Entlastungen, die gesetzlich Krankenversicherte mit dieser Reform treffen, sollen entsprechend in den Beihilfe- und Versorgungsregelungen für Beamte übertragen werden.

DGB: Koalitionäre vor Lobbyisten eingeknickt

Der DGB hat in seiner Stellungnahme zu den Reformeckpunkten deutlich gemacht, dass die Koalitionäre vor den Lobbyisten im Gesundheitswesen eingeknickt sind. Der von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in ihrem Gesetzentwurf eingeschlagene Weg zur Stärkung des Wettbewerbs sei blockiert worden.

Es sei bewusst auf den Einstieg in den Wettbewerb der fachärztlichen Dienstleister verzichtet worden. Damit werde die wichtige Chance vertan, die Ausgaben im Gesundheitswesen nachhaltig im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu senken.

Die geplante Steuerfinanzierung gehe nicht weit genug. Es blieben noch immer zu viele sozialversicherungsfremde Leistungen im System. Mit diesen Maßnahmen hätte der Beitragssatz ohne die Verschiebung von Finanzierungslasten auf die Arbeitnehmer nachhaltig gesenkt und die medizinische Versorgung verbessert werden können.

Es sei abzulehnen, dass Versicherte, Rentner und insbesondere kranke Menschen den Beitrag für die Absenkung des GKV Beitragssatzes weitgehend allein zu tragen hätten. Die so genannten Erbringer von Gesundheitsleistungen – insbesondere die Ärzte und die Pharmaindustrie – würden, wenn überhaupt, nur einen geringen Teil übernehmen. Von einer gleichgewichtigen Verteilung der Lasten könne also nicht die Rede sein.

Die Zuzahlungen von 10 Euro täglich bei Krankenhausaufenthalten bis zu 28 Tagen, die Arztgebühr von 10 Euro pro Quartal und die 10-prozentige Eigenbeteiligung bei Medikamenten seien für viele Versicherte nicht zumutbar. Bei einer Obergrenze von zwei Prozent des Bruttojahreseinkommens müsse ein Haushalt mit einem Durch-

schnittsverdienst von monatlich 2.500 Euro bis zu 600 Euro im Jahr an Zuzahlungen leisten. Angenommen, er würde durch die Senkung des Beitragssatzes von 14,3 auf 13,6 Prozent 105 Euro im Jahr einsparen, verblieben Netto-Zusatzkosten von 500 Euro im Monat. Das sei gesundheitspolitisch unverantwortlich.

Dazu kämen die Eigenaufwendungen für den Zahnersatz ab 2005, über deren Höhe es widersprüchliche Aussagen gebe.

Und ab 2007 solle von den Versicherten das Krankengeld selbst finanziert werden. Daneben müssten Versicherte in Zukunft nichtverschreibungspflichtige Medikamente selbst bezahlen.

Zu begrüßen sei, dass die integrierte Versorgung ausgebaut werden solle. So sei die Einbeziehung integrierter Versorgungsmodelle in Einzelverträge zwischen Krankenkassen und Ärzten der richtige Schritt. Dies gelte auch für die Anschubfinanzierung für die bundesweite Zulassung medizinischer Versorgungszentren. Dabei könnten Freiberufler und angestellte Ärzte in der ambulanten Versorgung interdisziplinär tätig werden. Dies sei bisher nur in Ostdeutschland möglich gewesen.

Bei allen anderen Vorschlägen zur Strukturveränderung sei man allerdings auf halber Strecke stehen geblieben. So hätte mit Einzelverträgen für Fachärzte ein echter Wettbewerb um die Qualität der Versorgung eingeleitet werden können. Diese Chance sei vertan worden. Hier werde der Status quo aufrecht erhalten, die „Pfründe“ der Ärzte und ihrer Ständesvertretungen seien gesichert worden.

Die ursprüngliche Planung der Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln sei zu Gunsten einer alleinigen Nutzenbewertung von Arzneimitteln aufgegeben worden.

Die Veränderung des Vergütungssystems im ambulanten Bereich führten dazu, dass die

vorhandenen Budgets durch sogenannte Regelleistungsvolumina abgelöst werden sollten. Mit verschärften Prüfungen wol-

Vorschläge der Verhandlungskommission sind darüber hinaus sozial unausgewogen, da man auf die Einspareffekte aufgrund von



le man die Einhaltung gewährleisten. Durch die Erfahrung mit der Abschaffung des Arzneimittelbudgets sei bekannt, welche Ausgabendynamik dabei entstehen könne. Steigerungen von bis zu 15 Prozent bei den Arzneimittelkosten seien die Folge gewesen.

Fazit

Die Eckpunkte zur Gesundheitsreform bleiben deutlich hinter den Erwartungen der Gewerkschaften und der gesundheitspolitischen Diskussion der letzten Jahre zurück. In dieser hat sich gezeigt, dass nur mit sinnvollen Strukturveränderungen die Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsdefizite zu beseitigen sind. Ein Gesamtkonzept zur Modernisierung der Strukturen ist nicht zu erkennen. Damit werden die anvisierten Einsparungen in kurzer Zeit neutralisiert. Eine neuerliche Diskussion um die Streichung von Leistungsbereichen aus der GKV ist die Folge. Die

Strukturreformen weitgehend verzichtet. Die Belastungen der Versicherten und Patienten stellen sich wie folgt dar:

- Ab 2004 jährlich:
- Leistungsausgrenzungen: 2,5 Milliarden Euro
- Zuzahlungen: 3,3 Milliarden Euro
- Beiträge aus Versorgungsbezügen 1,6 Milliarden Euro
- Zusätzlich jährlich:
- Zahnersatz ab 2005: 3,5 Milliarden Euro
- Krankengeld ab 2007: 7,5 Milliarden Euro

Der derzeit absehbare Einspareffekt auf Seiten der Leistungserbringer beträgt zwischen 2004 und 2007 ansteigend 1,5 bis 3 Milliarden Euro pro Jahr. Weitere Einspareffekte sind durch das Reformkonzept nicht zu erwarten. Es muss im Gegenteil durch die Erhaltung des Kollektivvertragsrechtes und die fehlende Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet werden. **kör**

Der Berliner Tarifmarathon

... wenn man so sieht, wie sich unsere Gewerkschaftsvertreter vorführen ließen und nach der Pfeife des Senates tanzte, frage ich mich offen und ehrlich, warum ich noch weiterhin Mitglied in der GdP bleiben soll!

Die nächste anstehende Kürzung wird doch genauso ablaufen, man trifft sich, **macht ein bisschen show und geht ...**

Jürgen Koch, Berlin

Wie es tatsächlich war – Bericht eines Beteiligten

270 Stunden Tarifverhandlungen in Berlin

Ungefähr 270 Stunden hat die Berliner GdP seit dem 7.1.2003 mit den Tarifverhandlungen zwischen den öffentlichen Dienst-Gewerkschaften und dem Berliner Senat aufwenden müssen. Diese Tarifverhandlungen sind in Deutschland bisher einmalig und waren notwendig, weil der Berliner Senat aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten ist, um die Tarifsteigerungen des „Potsdamer Tarifvertrages“ für die Berliner Arbeiter und Angestellten nicht übernehmen zu müssen.

Zu einer ersten Verhandlungsrunde hat die in mehreren Nacht-sitzungen eilig gegründete Tarifgemeinschaft der öffentlichen Dienst-Gewerkschaften (GdP, ver.di, GEW und IG BAU) den Berliner Senat am 10.1.2003 eingeladen.

Mit diesen Entscheidungen haben wir als eines von 16 Bundesländern geschichtliches Neuland betreten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde am 31.7.2003 von Gewerkschaften und Senat unterschrieben.

Der Beginn

Vom 7.1.2003 bis 31.7.2003 haben die Kolleg(inn)en der

GdP in 62 Sitzungen der unterschiedlichsten Gremien die Interessen unserer Mitglieder wahrgenommen. Dazu kommen unzählige Telefonate zur Koordination von Maßnahmen und Sitzungen, Sondierungsgespräche, Klausursitzungen und eine Ansammlung von Papier in zurzeit fünf vollen Ordnern. Die Gewerkschaften der Tarifgemeinschaft haben einzeln oder gemeinsam sechs Broschüren erarbeitet und herausgegeben und unzählige Informationen veröffentlicht. Die „Große Tarifkommission“ der GdP hat in acht Sitzungen Weg und Ziel der Tarifverhandlungen diskutiert und mitbestimmt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen mit dem Berliner Senat haben wir mehrere Demonstrationen und zwei Warnstreiks organisiert und durchgeführt.

All diese Arbeit lastete fast ausschließlich auf den Schultern unserer ehrenamtlichen Kolleg(inn)en. Natürlich war auch die Geschäftsstelle der GdP, vor allem unser „Organisationssekretär“ und der für Rechtsschutz zuständige Kollege, besonders belastet.

Das Hauptfeld

Die direkten Tarifverhandlungen haben 35 Stunden gedauert, davon einmal bis 02.30 Uhr und einmal bis 03.00 Uhr früh.

Die so genannten Redaktionsverhandlungen (rechtliche Ausformulierung des Tarifvertrags-textes) dauerten fast 30 Stunden. Hier wurde hart um jedes Wort, um jede Formulierung gerungen. Insgesamt mussten diese Kolleg(inn)en sechs Eckpunkt-papiere und acht Tarifvertragsentwürfe erarbeiten und prüfen, um letztlich zu einer unter-schriftsreifen Fassung zu kommen.

Die entscheidenden Tarifverhandlungsrunden am 30.6., 30.7. und 31.7.2003 fanden im „Roten Rathaus“ in der Senatskanzlei statt. In diesen Sitzungen wurde aus dem vierseitigen „Eckpunkt-papier“ vom 30.6.2003 schließlich ein siebzehnteitiger Tarifvertrag.

Bei diesen Tarifverhandlungen waren von Seiten der Tarifgemeinschaft ständig 90 bis 100 Kolleg(inn)en der gemeinsamen Tarifkommission und der Tarifkommissionen der Einzelgewerkschaften anwesend. Es gab eine ständige Rückkopplung und Diskussion des Verhandlungsstandes zwischen der Verhandlungskommission der Gewerkschaften und den Tarifkommissionen. Eine solche Gesamtsituation ist auch körperlich für alle Teilnehmer sehr belastend, um so mehr, wenn weitere „Unzulänglichkeiten“ hinzukommen:

In der Tarifverhandlung am 30.6.03 „spendierte“ der Senat als Gastgeber am Nachmittag eine Suppe, von der die Verhandlungskommission leider nichts mehr abbekam. Sonst gab es Selters und Fruchtsaft. Dann schloss die Kantine des Rathauses und es gab überhaupt nichts mehr. (Die „Versorgungsleistung“ mit der nicht ausreichenden Suppe war dem Senat wohl derart peinlich, dass es am 31.7.03 vorsichtshalber von 10.00 Uhr früh bis 03.00 Uhr in der Nacht überhaupt nichts zu Essen gab.)

Trotz dieser, der Berliner Finanzlage angepassten Mangelsi-

tuation, haben wir diese Tarifverhandlungen ohne gesundheitliche Schäden überstanden.



Eberhard Schönberg

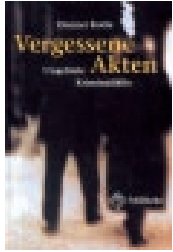
Das Ergebnis

Mit dem Ergebnis kann niemand glücklich sein, denn unsere ehrenamtlichen Kolleg(inn)en haben letztendlich auch für sich selbst vorübergehenden Einkommenseinbußen zugestimmt. Dieser Berliner Tarifvertrag ist damit der erste in der Geschichte des öffentlichen Dienstes, der keinen Einkommenszuwachs, sondern finanzielle Verluste für alle Beschäftigten bedeutet. Ich befürchte, dass das Land Berlin zwar das erste, aber nicht das letzte Bundesland sein wird, das diese bitteren Erfahrungen machen muss.

Erreichen konnten wir eine volle Kompensation der Einkommenseinbußen durch Freizeit, die volle Übernahme des Potsdamer Tarifergebnisses auf Berlin und den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2009. Gerade dieser letzte Punkt hat für viele Beschäftigte eine große Bedeutung, da der Senat seinen ungezügelten Personalabbau im öffentlichen Dienst weiter betreiben wird.

Eberhard Schönberg, GdP-Landesvorsitzender Berlin

„Vergessene Akten“



Das Buch bringt besondere u n a u f g e - klärter Verbrechen der Nachkriegszeit wieder ins öffentliche Bewusstsein. Akten werden zitiert, Tatsachen aufgezeigt und Stätten der Verbrechen aufgesucht. So entsteht ein Stück Geschichte der Nachkriegszeit in Deutschland.

Mit einem Vorwort von Uwe Steimle, Hauptkommissar der TV-Krimiserie „Polizeiruf110“.

Henner Kotte: „Vergessene Akten“, Militzke-Verlag 2003, ISBN 3-861 89-282-0, 192 S., 12,80 Euro

Kursbuch für geprellte Anleger

Durch Börsencrashes und Einbrüche am neuen Markt hatten viele Kleinanleger erhebliche Verluste zu verkraften. Zu Recht fragt sich mancher, der fremden Ratschlägen folgte und seinen Beratern vertraute, ob diese für die offenbar mangelhafte Qualität ihrer Empfehlungen nicht haften und eingetretenen Schaden ersetzen müssen.

Der Ratgeber „Geld weg? Rechtstipps für Anleger“ der Verbraucherzentralen vermittelt auf 174 Seiten einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen des Anlegerschutzes. Einzelne Geschäftsfelder und Aspekte des Geld-anlagemarktes werden unter die Lupe genommen, wie etwa Vermögensverwaltung, Börsentermingeschäfte oder Online-Broking.

Geprellte Anleger erhalten zudem Informationen über die Erfolgsaussichten, vor allem aber

auch zu den Risiken einer Auseinandersetzung vor Gericht. Verweise auf Internetseiten zur Information und Kommunikation im Bereich Anlegerschutz sowie eine Übersicht über Kundenbeschwerdestellen der Kreditinstitute runden das Angebot ab.

Der Ratgeber „Geld weg? Rechtstipps für Anleger“ kann zum Preis von 11,80 Euro inklusive Versand- und Portokosten gegen Rechnung bestellt werden:

**Versandservice des vzbv, Heinrich-Sommer-Str. 13, 59939 Olsberg
Tel: 0 29 62 - 90 86 47
Fax: 0 29 62 - 90 86 49
E-Mail: versandservice@vzbv.de
www.ratgeber.vzbv.de**

Das große Lexikon des Verbrechens

Mit über 1.000 Stichwörtern zu wichtigen Fällen der Kriminalgeschichte, zu Motiven und Hintergründen, stellt dieses Lexikon einen umfangreichen Überblick über die Welt des Verbrechens dar. Es wurden sowohl die wichtigsten Verbrechenarten und die bekanntesten Verbrecher bzw. Unterweltorganisationen aufgenommen als auch solche Tatbestände, die heute – zumindest in den westlichen Gesellschaften – kein kriminelles Delikt mehr bilden.

Um auf die Überschneidung von Dichtung und Wahrheit hinzuweisen, wird nicht nur auf die Vermarktung populärer Verbrecher aufmerksam gemacht, sondern es sind auch die herausragendsten fiktiven Verbrecher und Kriminalautoren genannt.

Norbert Borrmann: Das große Lexikon des Verbrechens; Täter, Motive und Hintergründe, ISBN 3-89602-506-6, Lexikon Imprint Verlag, Berlin 2002, 22,90 Euro

Sklaverei in Deutschland

Der Fakt mutet an wie aus dem Mittelalter und ist doch bitterste Realität im modernen Europa: Der Menschenhandel zum Zwecke illegaler Adoptionen, des Organhandels oder der Zwangsprostitution wird immer gigantischer, bestialischer und lukrativer. Das meiste Kapital schlägt das Organisierte Verbrechen gegenwärtig mit roher Gewalt aus dem Frauenhandel.

Zu diesem Thema mit all seinen brutalen, verlogenen und vernichtenden Facetten hat Manfred Paulus, herausragender Kenner der Rotlichtkriminalität, im VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR sein Buch mit dem nüchternen Titel „Frauenhandel und Zwangsprostitution“ herausgegeben. Neben detaillierter Beschreibung der gesamten Szene-Palette gibt der Autor seine ungeschönte Einschätzung der Bekämpfungs-Problematik wider und erhebt deutliche Vorwürfe in Richtung Politik und internationale Fahndungsarbeit.

Herr Paulus, mit welcher Absicht haben Sie Ihr Buch gerade jetzt heraus gegeben?

Vielleicht hätte ich es schon viel früher tun sollen, denn das Dilemma im Deliktbereich Frauenhandel gibt es seit Jahren. Allerdings hat es sich seit den Grenzöffnungen nach Osten hin enorm verschärft, weil dadurch den Tätern etliches erleichtert wurde. Somit haben wir heute in diesem

Kriminalitätsbereich, der ja aufs engste mit der Organisierte Kriminalität (OK) verknüpft ist, einen überaus bedenklichen Ist-Zustand, der mit den bisherigen Möglichkeiten und Methoden nicht nennenswert verändert werden kann. Mit meinem Buch will ich diesem Deliktsbereich einen anderen Stellenwert verschaffen. Auch, weil ich noch immer Urteile über diese Frauen höre, wie:

Denen geht es hier noch viel besser als zu Hause. Oder: Die machen das alles ja freiwillig. Das sind einfach unhaltbare Aussagen!

Sie nennen in Ihrem Buch Deutschland als „Zielland Nummer 1“ für Schleuserkriminalität und Zwangsprostitution. Warum gerade Deutschland?

Der Sozialstaat Deutschland hat eine ausgeprägte Anziehungskraft durch „pull-Faktoren“ wie Arbeit, gesichertes Einkommen, Sicherheit, Ordnung, Wohlstand, soziale Absicherung, westliche Lebensart und vieles mehr. Wir haben eine ausgeprägte Migrationsbereitschaft gegenüber unseren Nachbarländern. Wenn die EU sich weiter ausdehnt, dann werden sowohl Moldawien als auch Weißrussland direkter Grenz-nachbar von uns sein – mit aller Armut, enormer Arbeitslosigkeit, ausgeprägter Perspektivlosigkeit, ohne medizinische Betreuung und ausreichender Versorgung der Kinder. Dann wirkt das nahe Deutschland mit seinen schillernden Facetten

und dem vergleichsweise enorm hohen Lebensstandard noch anziehender, als er heute schon ist.

Für die Täter ist gerade der deutsche Markt besonders attraktiv, weil ihnen unsere „lasse“ Gesetzgebung im Ernstfall kaum gefährlich wird. Sie wissen genau, dass die deutsche Gesetzesauslegung und Rechtsprechung nicht allzu hart ist und sie dürfen mir glauben, was in Deutschland als Strafe gesehen wird, das sieht man in manchen Regionen der GUS-Staaten als Erholung an.

Außerdem nutzen die Täter die funktionierende Wirtschaft aus, wo sie ihre Gelder in lukrativen Bereichen unterbringen, auch in der Organisierten Kriminalität. Frauenhandel kann deshalb durchaus als ein Basisdelikt für weitere OK bezeichnet werden.

Wie sehen die Umsätze in diesem Deliktbereich aus?

Das ganze ist ein Milliarden-Markt. Das ist wahrscheinlich der einzige Deliktbereich bei dem die Täter überhaupt nichts

investieren müssen. Sie brauchen sich nur ein paar Frauen besorgen. In Moldawien selbst kosten die Frauen den Anwerber gar nichts, weil sie ja raus in den Westen wollen.

„Die Schleusungskriminalität wurde längst zu einem internationalen und perfekt organisierten Geschäft.“

Manfred Paulus

Dann werden sie an Händler für ca. 1.500 Euro verkauft. Das ist die erste Station. Von dort aus werden sie schon für 10.000, 15.000 oder 20.000 Euro nach Italien oder Deutschland weiterverkauft. Das ist die nächste Gewinnspanne. Und für das, was sie dann anschaffen müssen, ist die Messlatte sehr hoch gelegt – monatlich bis zu 25.000 Euro pro Frau. Wenn man das alles zusammenrechnet, bekommt man eine Vorstellung von den Gewinnen, die dann natürlich auch in andere Kriminalitätsbereiche fließen.

Warum sind die Schleuser so schwer zuzufassen?

Die Schleusung erfolgt in den allermeisten Fällen überhaupt nicht über die Grüne Grenze, das sind Klischee-Vor-

stellungen. Die Schleusung erfolgt meistens legal, häufig natürlich scheinlegal. Ich habe selbst mit der deutschen Botschaft in Minsk gesprochen. Zu Recht sagt man dort, dass über

die Visumserteilung oder –verweigerung das Problem Frauenhandel nicht zu lösen sei. Denn wenn ein Visum verweigert wird, wird ein illegales beschafft – in Polen, in Litauen sind Fälscherwerkstätten überhaupt kein Problem. Die meisten Frauen kommen also scheinbar legal über die Grenze. Und die Einladungen, die die Frauen bis zum heutigen Tag brauchen, sind ebenfalls problemlos zu beschaffen. Es gibt längst eine richtige „Einladungsindustrie“. Einladende sind zum einen Leute, die hier in Deutschland wohnen, aber auch Reiseunternehmen, die mit Reiseunternehmen in den Herkunftsstaaten zusammenarbeiten. Für 70 oder 80 Euro werden entsprechende Ersatzpapiere beschafft.



Präventionsveranstaltung in Moldawien.

Foto: Paulus

Wenn die deutsche Polizei nach mitunter jahrelangen Ermittlungen Täter aus diesem Milieu der Justiz übergeben kann, fallen die Urteile in der Regel sehr gelinde aus. Woran liegt das?

Das liegt einmal am Tatbestand, der viel zu hohe Hürden hat und damit kein taugliches Instrument zu dieser Kriminalitätsbekämpfung ist. Zum anderen haben die Ermittlung im Rotlicht-Milieu ihre Eigenheiten, ihre besonderen Schwierigkeiten. Die Polizei hat Probleme, wenn sie die Ge-

gebenheiten, die Machenschaften und Gesetzes dieses Milieus in diesem nicht ausreichend kennt. Außerdem muss man sehen, dass dieses Milieu wie kaum eine andere gesellschaftliche Gruppierung es verstanden hat, Rechtsstaatlichkeit total auszuhebeln. Es ist eine Subkultur, in der überhaupt nicht nach Rechtsstaatlichkeit, nach unseren Gesetzen, nach unseren Wertevorstellungen gefragt wird. Es gibt eigene Gesetze und nur die sind in diesem Milieu gültig. Deshalb hat es die Polizei hier so schwer, Er-

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

folge zu erzielen, die aber umso höher zu schätzen sind!

Bei den Amts- und Landgerichten ist bei jedem Zuhälterprozess zu erleben, wie sich die Balken der ehrenwerten Gerichte vor lauter Lüge nur so biegen. Das ist für die Angeklagten selbstverständlich. Den Fahrlässigkeitseid, den Meineid – das nimmt man alles in Kauf. Die Milieu-Regeln und -Gesetze stehen über allem und werden eingehalten – knallhart. Dem haben sich auch die Frauen – also die Opfer – zu beugen.

Lohnt sich da die ganze Fahndungsarbeit?

Die würde sich schon lohnen, wenn die geeigneten und wirk-

„Es ist Zeit aufzuwachen, welche Kultur sich in Deutschland breit macht.“

Manfred Paulus

samen Mittel vorhanden wären. Da ist zum einen der dringende Reformbedarf des Tatbestandes und zum zweiten der Stellenwert dieser Delikte. Der Gesetzgeber hat in den letzten Jahren begonnen, über mehr Persönlichkeitsschutz nachzudenken. Bisher war insbesondere das Eigentum, waren die Sachwerte hoch angesiedelt. Der Bankraub, das ist ein Delikt! Aber hier geht es – man könnte zynisch werden – „nur“ um Menschen. Darüber muss man mal nachdenken. Dann findet man sehr schnell wirksame Mittel zur Bekämpfung dieser Kriminalität, die so schreckliche Schicksale hinterlässt.

Sie haben wiederholt den Tatbestand kritisiert. Warum ist er in der jetzigen Form nur bedingt wirksam?

Die Tatbestandsmerkmale, die zurzeit gefordert werden, sind sehr, sehr schwer nachzuweisen. Zum Beispiel erfüllt ein Täter jetzt den Tatbestand, wenn er anwirbt, um jemanden der Prostitution zuzuführen.

Das setzt Personengleichheit voraus. Dabei werden gerade die arbeitsteilig organisierten Strukturen außen vor gelassen. Außerdem wird jeder clevere Milieu-Anwalt sagen, sein Mandant habe nicht angeworben, um die Frau der Prostitution zuzuführen, sondern um ihr ein besseres Leben zu ermöglichen.

Diese Dinge zu ändern, halte ich für überaus notwendig.

Zum anderen sehen wir bei Gerichtsverhandlungen immer wieder, dass es zum Deal zwischen Anwälten und dem Gerichten kommt, weil die Täter und deren Anwälte eben in milieutypischer Art bei den Prozessen vorgehen. Da werden Ängste erzeugt, da wird gedroht, da werden Beweisanträge gestellt bis nach Moldawien oder sonst wohin. Die Gerichte sind aber gezwungen, die Prozesse zu Ende zu bringen. Und dann wird der Fall eben doch irgendwann in die Vergehungsbereiche heruntergefahren. Damit schreckt man die Tätergruppierungen natürlich in keiner Weise.

In Ihrem Buch erheben Sie deutliche Vorwürfe gegenüber der Politik. Sie haben u.a. die Fahndungsmöglichkeiten als „stumpfe Waffe“ bezeichnet und die nur „punktuellen Fahndungserfolge“ aufgeführt. Was müsste sich außer dem Tatbestand ändern?

Wir haben seit Jahren versäumt, operative grenzüberschreitende Abteilungen zu schaffen, die sehr schnell tätig werden können, denn der Faktor Zeit kommt bislang immer wieder den Tätern zugute. Notwendige, langfristig angelegte Strukturermittlungen sind zum Luxus geworden, den man sich kaum mehr leisten kann oder will. Da das Gesamtproblem auf nationaler Ebene überhaupt nicht mehr lösbar ist, müsste sehr schnell eine operative EURO-POL-Abteilung installiert werden, die stark genug und ausreichend ausgestattet ist. Wir in Deutschland haben darüber hinaus Grund genug, im eigenen Land diese Krimi-



Manfred Paulus,
Jahrgang 1943,

Erster Kriminalhauptkommissar und Inspektionsleiter bei der Kriminalpolizei in Ulm sowie Lehrbeauftragter an der Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg, verfügt über 15-jährige Ermittlungserfahrungen im Bereich Rotlichtkriminalität. Im Auftrag der Europäischen Union erforschte er die Ursachen und Bedingungen des Frauenhandels in Weißrussland. In der Republik Moldau und in Weißrussland führte er Präventionsmaßnahmen und Seminare zum Thema Frauenhandel durch.

sche mir, dass das ausgebaut wird, dass hier sensibilisiert wird, dass hier das Rotlicht-Milieu für die Kollegen analysiert wird. Man muss wissen, mit wem man es zu tun hat, welche Gefahren lauern, welche Gesetze im Milieu herrschen, wie sich die Polizei dazu zu verhalten hat. Ohne diese Kenntnisse hat man bei den Ermittlungen schon verloren.

Von politischer Seite wünsche ich mir auch, dass man mal einen Blick nach Frankreich wirft, wie dort Zuhälterei bewertet wird, nämlich extrem höher als in Deutschland. Und auch die Justiz greift in Frankreich viel massiver durch oder – was die Prävention betrifft – nach Italien, wo sehr erfolgreich Fernsehspots ausgestrahlt werden, mit denen Freier nachdenklich gestimmt und Opfer mit Hilfsmöglichkeiten vertraut gemacht werden.

In Deutschland müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen, dass es sich beim Frauenhandel um eine Massenkriminalität handelt. 50.000 Ausländerinnen, die sich hier prostituieren müssen, sind eine ungeheure Zahl. Wenn man sich dann anschaut, wie viele Menschenhandlungsprozesse in Deutschland mit angemessenen Strafen für die Täter geendet haben, offenbart sich das ganze Dilemma: Die Ursachen liegen nicht nur bei der Polizei und Justiz und dem mangelhaften Tatbestand, im Hintergrund ist das ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Und wenn einige Medien seit Jahren „Sex and Crime“ als ein „interessantes Thema“ immer wieder verzerrt hoch kochen, dann kann man das nur noch als billigste Geschäftemacherei bezeichnen, denn die wirkliche Dramatik wird kaum aufgezeigt – es wird beschönigt, verherrlicht. Hinter den Kulissen spielt sich jedoch ein brutales Geschehen ab. Und wer die „Dienst“ von erkennbaren Zwangsprostituierten annimmt, fördert ebenfalls diesen Kriminalitätsbereich und beteiligt sich daran, Opfer zu schaffen.

Was passiert in den Rekrutierungsländern, um die Frauen dort über ihre „Chancen“ in Deutschland aufzuklären?

2000 und 2001 haben wir im Auftrag der Europäischen Kommission in Weißrussland mit Präventionsarbeit begon-

„ Gelegentliche Ermittlungserfolge sind zumeist Einzelerfolge, Stecknadeln im großen Heuhaufen dieser Kriminalität. “

Manfred Paulus

nen. Gemeinsam mit der Kriminalmiliz haben wir zuerst die Ursachen untersucht, dann Aufklärung betrieben, das Problembewusstsein gefördert und Projektvorschläge gemacht. Inzwischen wurde das Ganze von der Friedrich-Ebert-Stiftung als sinnvoll erkannt und aufgegriffen. Wir haben daraufhin im vergangenen Jahr erstmals in Minsk Präventionsveranstaltungen mit Vertretern aus der Politik, aus Schulen und Verantwortlichen aus Bereichen, wo potentielle Opfer anzutreffen sind, durchgeführt. Wir haben in Moldawien dieses Problemfeld anhand der Machenschaften in den Balkanländern aufgezeigt, denn das Balkangebiet ist momentan ein riesiges Verteilerzentrum. Was sich dort in Bosnien, in Serbien, Albanien, im Kosovo abspielt, das ist der reinste Sklavenmarkt.

Diese Aufklärungsarbeit muss weitergehen – vor allem in ländlichen Bereichen, wo es die meisten potentiellen Opfer gibt, die rein gar nichts von den Gefahren auch nur ahnen. Leider tragen die Medien in diesen Gebieten nicht zur Aufklärung bei. Das Thema ist tabu.

Und die Frauen, die jemals von ihrem Horrortrip aus der Zwangsprostitution zurückkommen, behalten ihr grauenvolles Geheimnis für sich, um nicht als „Huren“, als Tauge-

nichtse, die im „Goldenen Westen“ versagt haben, dazustehen. Wie verklärt das Bild ist, zeigte sich, als ich etwa 200 Frauen in der Universität von Minsk fragte, wer denn nach Deutschland wolle: 200 Hände gingen hoch. Und alle waren der festen Überzeugung: Mir passiert das nicht! Ich pass schon auf mich auf!

Da ist noch jede Menge detaillierte Aufklärung nötig und zwar von westlicher Seite aus, denn den Propheten im eigenen Lande glaubt man nicht. Die Frauen müssen wissen, dass Schleusung einmal heißt Vorbereitung auf die Prostitution – dazu gehört, dass sie vergewaltigt werden. Schleusung heißt auch, alle Telefonbücher weg, alle Notizen weg. Schleusung heißt, die Frauen verschulden sich. Und wer Schulden hat, wird abhängig. Man stattet sie überdies mit gefälschten Pässen aus, dann kann man in Deutschland sagen, du bist kriminell und was glaubst du, was dir passiert, wenn wir dich an die Polizei ausliefern. Diese Mittel im Rahmen der Schleusung werden ganz gezielt eingesetzt. Darauf können Frauen aber nur reagieren, wenn sie die Mechanismen kennen, wissen, wie sie sich wehren und an wen sie sich wenden können.

Glauben Sie, man kann das Problem wirklich bei der Wurzel packen?

Das müssen wir, wenn wir unsere Rechtsstaatlichkeit behalten wollen. Es kann nicht angehen, dass heute schon bei bestimmten Gerichtsprozessen Einschüchterungen und Ängste aufkommen, wodurch gerechte Urteile überhaupt nicht möglich werden. Die Macht des Milieus wächst weiter. Wenn wir auf diesem Gebiet nachgeben, geben wir der OK nach.

Ich wünsche mir inständigst, dass besser heute als morgen entschiedener eingegriffen wird, weil die Aktionsräume der Täter immer gewaltiger werden.

Das Gespräch führte
Marion Tetzner

Versorgung künftig aus Pensionsfonds

Die Aufwendungen für Versorgungsbezüge des Bundes sollen zukünftig aus dem Pensionsfonds gezahlt werden. Dies sieht der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes vor, den der Bundesinnenminister im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zusandte.

Derzeit werden Versorgungsbezüge – wie die Aktivitätsbezüge – aus den laufenden Steuereinnahmen des jeweiligen Haushaltsjahres gezahlt. Eine kapitalgedeckte Rücklage ist nicht vorhanden. Um den durch die demografische Entwicklung zu erwartenden steilen Anstieg der Versorgungsaufwendungen für künftige Haushalte abzuflachen, wurden mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 die Sondervermögen „Versorgungsrücklagen“ eingeführt

Danach werden in einem Zeitraum von 15 Jahren den Versorgungsrücklagen des Bundes

und der Länder Beträge zugeführt. Gemäß § 14 a BBesG werden zu diesem Zweck die Anpassungen der Besoldung und Versorgung gegenüber den jeweils erzielten Tarifverbesserungen um 0,2 % vermindert, so dass nach Ablauf der Abführungsperiode das Besoldungs- und Versorgungsniveau gegenüber 1998 um 3 % abgesenkt sein wird.

Die durch das Versorgungs-

änderungsgesetz 2001 erzielten Einsparungen werden zu 50 % ebenfalls den „Versorgungsrücklagen“ zugeführt. Die Sondervermögen „Versorgungsrücklagen“ sollen dann zur Finanzierung der Versorgungsauf-



wendungen in den Spitzenjahren 2020 bis 2030 herangezogen werden.

Die hauptsächliche Finanzierung der Versorgungsausgaben würde aber weiterhin aus den Steuermitteln erfolgen.

Dies soll sich nun nach dem Willen der Bundesregierung in Zukunft für den Bundesbereich ändern. Ab 2005 soll im Bund ein Sondervermögen „Pensionsfonds“ gebildet werden. Für neu begründete Beamtenverhältnisse sollen zur vollständigen Finanzierung der Versorgungsaufwendungen Zuführungen zum Pensionsfonds in Höhe von 30 % der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge erfolgen; diese Zuführungen gelten auch für beurlaubte Beamte.

In ihrer Stellungnahme begrüßte die GdP die Absicht der Bundesregierung, für neu eintretende Beamte eine kapitalgedeckte Vorsorge zu treffen. Sie hält dies für einen Schritt in die richtige Richtung, insbesondere

im Hinblick auf die Kostentransparenz der Personalaufwendungen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, auch für vorhandene Beamte Zuführungen in den Pensionsfonds zu leisten.

Begrüßt wurde von der GdP, dass der Beirat des Sondervermögens „Versorgungsrücklage“ – dem auch Gewerkschaftsvertreter angehören – zukünftig ebenfalls für die Anlage Richtlinien und für den Wirtschaftsplan des Pensionsfonds zuständig sein sollen.

Abgelehnt wurde von der GdP die Absicht, mit dem vorliegenden Änderungsentwurf die Anlagemöglichkeiten der Versorgungsrücklage des Bundes auf Aktien auszudehnen. Die Aktienmärkte haben in jüngster Zeit gezeigt, dass das Risiko der Kapitalvernichtung zu hoch ist. Die Erhaltung des Kapitalwerts

der Versorgungsrücklage aber ist für die GdP oberstes Gebot einer Anlagepolitik.

Zustimmung erteilte die GdP der vorgeschlagenen Erweiterung des Anlagespektrums des Sondervermögens „Versorgungsrücklage“ um festverzinsliche Anleihen von Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion. Zeugt doch eine solche Anlagestrategie von der erwarteten Stabilität der EWU-Mitgliedsländer und ist somit ein Stück gelebter europäischer Integration.

Die GdP geht davon aus, dass der Gesetzentwurf problemlos die parlamentarischen Hürden nehmen wird. Sie würde es begrüßen, wenn auch die Länder – wie in Rheinland-Pfalz seit 1996 praktiziert – sich zur Bildung von Pensionsfonds entschließen könnten.

HJA

Von hehren Zielen zur polizeilichen Praxis

50 Jahre Gewerkschaftsarbeit für die Polizei in Europa

Die internationale Vereinigung von Polizeigewerkschaften, der die GdP als größte Organisation angehört, wird 50 Jahre alt. Kurz vor dem 50. Geburtstag wurden zukunftsgerichtet Name und Satzung geändert – aus der „Union Internationale des Syndicats de Police“ (UISP) wurde im Herbst 2002 die „European Confederation of Police“ (EUROCOP). Zugleich bedeutete dies einen Mitgliederzuwachs von 18 auf 24 Organisationen (vor allem aus dem englischsprachigen Raum), die rund 530.000 Polizeibeschäftigte in Europa vertreten.

Standen bei Gründung vor 50 Jahren insbesondere die „hehren Ziele“ im Vordergrund, so sind es heute ganz handfeste Themen

der polizeilichen Praxis. Kaum jemand konnte sich im Jahr 1953 vorstellen, dass die politische und gesellschaftliche Entwicklung in

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Europa einmal zwingend verlangen würde, von der Vorstellung einer Polizei als geradezu eifersüchtig gehüteten Ausdruck nationaler Souveränität soweit abzurücken, um den europaweiten Erfordernissen zur Gewährleistung eines „gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (so der EU-Vertrag) zu entsprechen.

Zu den „hehren Zielen“ gehörte 1953 – gerade einmal acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – vor allem ein Gedanke: Frieden und Völkerverständigung.

Heute gibt es weltweit zwar mehrere Dutzend Kriege, doch im Kernbereich Europas herrscht seit Jahrzehnten Friede. Die Würdigung dieser wesentlichen Errungenschaft des politischen und wirtschaftlichen Einigungsprozesses soll nicht von den gegenwärtigen Problemen Europas – wie Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, illegale Zuwanderung, terroristische Bedrohung, grenzüberschreitende Kriminalität – ablenken. Sie soll vielmehr helfen, die Verbindung von den hehren Gedanken derer herzustellen, die vor 50 Jahren den internationalen Zusammenschluss von Berufsorganisationen der Polizei für notwendig hielten, bis zu den aktuellen Themen, die heute auf der Tagesordnung bei EUROCOP stehen – wie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte oder die Bildung einer EU-Grenzpolizei.

Initiative im Februar 1953

Vertreter von vier Polizeigewerkschaften aus Belgien, Frankreich und der Schweiz hatten sich am 25. und 26. Februar 1953 im nordfranzösischen Lille getroffen, um die Möglichkeiten eines internationalen Zusammenschlusses von Berufsorganisationen der Polizei zu konkretisieren. Eigentlich hätte der „Niederlande Politiebond“ auch dabei sein wollen, aber die Nie-

derlande hatten gerade eine der schlimmsten Sturm- und Springfluten ihrer Geschichte mit 1.500 Toten erlebt.

In Lille wurden Statuten und Grundsätze entwickelt, die für eine neue internationale Organisation von Polizeigewerkschaften die Grundlage bilden sollten.

Das war keine völlig neue Erfindung, denn im September 1920 hatten in Utrecht niederländische Polizeigewerkschafter schon einmal die Initiative für eine Polizei-Internationale ergriffen. In ihrem Aktionsprogramm teilten sie uneingeschränkt die Idee des Völkerbundes – der gerade erst 1920 gegründet worden war –, die kollektive Sicherheit der Mitgliedsstaaten durch Friedenssicherung zu erreichen.

Die Bildung einer Polizei-Internationalen (Polizeigewerkschafter aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Deutschland waren daran beteiligt) war kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine ebenso mutige wie delikate Sache. Ein Protokoll von 1925 vermerkt hierzu: „Mittlerweile war es dieserhalb nicht mehr das Wort ‚Internationale‘, das man fürchtete, sondern der Gedanke, daß so bald nach den großen Schlachten die Umstände die Leiter der französischen Nationalgewerkschaft dazu führen, sich mit den Delegierten der Polizeiverbände der Länder zu treffen und Organisationsfragen zu diskutieren, die gestern noch unsere Feinde waren.“

Die „Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police“ (Internationale Vereinigung der Polizeibeamten) wurde schließlich im Mai 1927 gegründet. Auf dem Kongress vom 16. bis 18. September 1930 in Köln wählten die Delegierten die Kollegen Ernst Schrader und Emil Winkler zum Präsidenten bzw. Sekretär der Vereinigung. Ihr Amt hatten sie jedoch nur drei Jahre inne, denn im September 1933 wurden beide von den Nazis verhaftet und die Vereinigung wurde aufgelöst. Emil Winkler starb wenig später an den Miss-

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSARBEIT

handlungen während der Haft, Ernst Schrader starb 1936 an den Folgen seiner Haft im Konzentrationslager.

Dieser Rückblick mag dem Verständnis dafür dienen, vor welcher Aufgabe die Kollegen am 25./26. Februar 1953 in Lille standen. Sie wollten an dem Gedanken anknüpfen, der 1933

vom Naziregime abgewürgt worden war – also an eine Ausbreitung einer neuen internationalen gewerkschaftlichen Vereinigung über ihren Kreis hinaus.

Das Protokoll ihrer Sitzung macht den Konflikt deutlich, den sie dabei empfanden: Man sei sich zwar einig, eine „internationale Gewerkschaft“ zu gründen,



aber in Hinblick auf die Deutschen „muss man Vorsicht walten lassen, aber man darf sie nicht von vornherein zurückweisen“, so der belgische Kollege Marcel Coel. Vorsicht – so das Protokoll weiter – sei auch bei italienischen und spanischen Polizisten angebracht.

Den Vorbereitungstreffen folgte die endgültige Gründung der „Union Internationale des Syndicats de Police“ (UISP) am 9. Juni 1954 in Brüssel. In den UISP-Statuten wird der Gedanke der Friedenssicherung fortgesetzt: „Die UISP will durch internationale Begegnungen von Polizeibeschäftigten die freundschaftlichen Verbindungen sowie die gegenseitige Toleranz und den Gedanken der Völkerverständigung fördern.“

Im heutigen EUROCOP-Statut rücken Aufgaben und Ziele in den Vordergrund, die deutlich näher an der polizeilichen Praxis orientiert sind. Neu sind sie indes auch nicht. Wie den drei Satzungen zu entnehmen ist, war das Eintreten für die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Polizeibeschäftigten immer ein Hauptthema.

Gewerkschaftsrecht und ziviler Status

Als sich die UISP gründete, war das Gewerkschaftsrecht im mediterranen Raum Europas ausdrücklich verboten (von den Gebieten östlich des Eisernen

Der UISP-Kongress im April 1977 in Gelsenkirchen markierte einen Wechsel an der Spitze. Als Nachfolger von Werner Kuhlmann (2. v. rechts) wurde Helmut Schirmmacher (rechts) zum Präsidenten gewählt. Das Foto zeigt sie mit den Kollegen Anton Mud (Niederlande) und Sture Wendin (Schweden).

Vorhangs ganz zu schweigen). Das hat mit Napoleons Erbe zu tun. Er hat vor über 200 Jahren seine persönliche Macht dadurch gesichert, dass er neben einer Polizei, die regional organisiert war, eine militärische Gendarmerie aufbaute, die seiner Zentralgewalt unterstand. Dieses „Strickmuster“ gilt bis heute: Neben der Police Nationale gibt es in Frankreich die Gendarmerie, deren Angehörige besonders in ländlichen Gebieten die Polizeigewalt ausüben, aber vom Status her Soldaten sind.

Ähnliches gilt in Italien für die Carabinieri – auch sie sind Soldaten und keine Polizisten; ebenso hat die spanische Guardia Civil einen Sonderstatus neben der zivilen Polizei.

Die Forderungen nach dem Gewerkschaftsrecht für Polizeibeschäftigte und der klaren Trennung zwischen Polizei und Militär gehen Hand in Hand: Wenn die Polizei Teil der allgemeinen zivilen Verwaltung ist, dann müssen den Polizeibeschäftigten auch die gleichen Rechte zustehen wie im Öffentlichen Dienst üblich. >

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Dieser Logik folgend entwickelte die UISP die „**Internationalen Polizeigrundsätze**“, die im September 1972 verabschiedet wurden. Wichtigste Forderungen:

- Ziviler Status
- Bindung der Polizei an die Menschenrechte
- Achtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes
- Qualifizierte Ausbildung für eine eigenverantwortliche Aufgabe
- Anspruch auf Besoldung und Fürsorge, die den Schwierigkeiten und Gefahren des Berufs entsprechen
- Gewerkschaftsrecht für alle Polizeibeschäftigten

Die „Internationalen Polizeigrundsätze“ waren der Hebel, den die UISP beim Europarat ansetzte. Diese Institution mit Sitz in Straßburg versteht sich seit ihrer Gründung 1949 als das „Gewissen Europas“, gleichsam als moralisch-ethische Instanz. In hartnäckigen Beratungen mit dem juristischen Ausschuss des Europarates war es gelungen, eine „Deklaration über die Polizei“ zu entwerfen, die wesentliche Inhalte der „Internationalen Polizeigrundsätze“ aufnehmen sollte.

Der Entwurf dieser Deklaration, die schlicht die Berufsgrundsätze einer Polizei in einem



demokratischen Staat normierte, scheiterte am 1. Februar 1979 in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates noch daran, dass einige konservative Abgeordnete, denen die ganze Richtung nicht passte, den Plenarsaal verließen und so die Beschlussunfähigkeit herstellten.

Als sich das unwürdige Spiel am 7. Mai 1979 wiederholte, wandten sich die beiden UISP-Vertreter an den Generalsekretär des Europarates, Georg Kahn-

Das UISP-Exekutiv-Komitee auf einer Tagung im Oktober 1959 in Paris. In der Mitte der Runde das unvermeidliche Tonband, weil offizielle Dokumente – von Protokollen bis zu Briefen – stets in mehreren Sprachen vorliegen mussten.
Fotos: GdP-Archiv

Ackermann: Wenn der Europarat schon eine moralische Qualität für sich reklamieren, dann dürfe er sich in Fragen der Polizei eine solche Verhaltensweise nicht leisten. Erfolg: Tags darauf wurde ab-

gestimmt, und die Deklaration Nr. 669 war angenommen.

Zwar hatte die Deklaration über die Polizei keine Gesetzeskraft, aber sie hatte eine moralische Dimension, womit ein jeder Staat, der sie missachtete, an den öffentlichen Pranger gestellt werden konnte.

Davon machte die UISP ausgiebig Gebrauch – mit Erfolg bis heute. >

Was Tote alles erzählen könnten – wenn man sie ließe!

Die UISP wächst

Nur ein Jahr nach der offiziellen Gründung der UISP im Juni 1954 wurde die Gewerkschaft der Polizei (GdP) aufgenommen; die „Vorsicht“ vor Vertretern der deutschen Polizei war dem Vertrauen gewichen. 1959 trat die Nordiska, der skandinavische Zusammenschluss der Polizeigewerkschaften aus Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland, bei. Damit waren Europas älteste Polizeigewerkschaften vertreten: der Dansk Politiforbund wurde 1902 gegründet, der Svenska Polisförbundet 1903, der „Norsk Politiforbund“ 1905.

1969 wurde die Polizeigewerkschaft aus dem Fürstentum Monaco in die UISP aufgenommen, 1974 die Luxemburger Kollegen.

Berufsvertretungen per Parlamentsbeschluss

Der Aufnahme der Berufsorganisationen aus dem englischsprachigen Raum waren intensive Beratungen zu einem Problem vorausgegangen, das die Organisationen aus England und Wales, Schottland und Nordirland bis heute beschäftigt: Sie sind eine per Parlamentsbeschluss existierende Berufsorganisation, im strikten Sinne also keine unabhängige Gewerkschaft (was sie im übrigen keineswegs daran hindert, mit ihrem jeweiligen Innenminister in derart deutlicher Weise Kontroversen auszufeuchten, wie sie jeder freien Gewerkschaft gut zu Gesicht stünde). Die drei Organisationen traten schließlich 1976 und 1977 ebenso der UISP bei wie die Berufsorganisation der Inspectors und Sergeants der Republik Irland. 1978 kam noch die Polizeigewerkschaft aus Island hinzu – ein Großteil der Polizeien Europas war damit in der UISP gewerkschaftlich repräsentiert, nur der mediterrane Raum fehlte.

Wolfgang Dicke

**Wird in der nächsten
DP-Ausgabe fortgesetzt**

„Tote lügen nicht!“ lautet die Botschaft, mit der Kathy Reichs Romanfigur, die forensische Anthropologin Tempe Brennan, ihren Siegeszug durch die Krimi-Literatur begann. „Tote lügen nicht – aber man hört ihnen immer seltener zu“, klagt der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin der Medizinischen Fakultät Carl Gustav Carus in Dresden, Universitätsprofessor Dr. med. Jan Dreßler. Drastisch zurückgegangen ist die Zahl der Obduktionen allein an seinem Institut in Dresden: öffneten seine Mitarbeiter im Jahr 1990 noch 1.033 Leichen, waren es im vergangenen Jahr lediglich 371. Die Rechtsmedizin in Dresden steht damit nicht allein und in Fachkreisen ist man sicher: Die Zahl der Tötungsdelikte in Deutschland, die nicht erkannt werden, geht jährlich in die Tausende.

Seit langem kursiert unter Kriminalisten eine makabere Bemerkung: „Wenn auf jedem Grab eines Getöteten ein Lichtlein stünde, wären unsere Friedhöfe hell erleuchtet!“

„Besonders bei kleinen Kin-

dern und alten Leuten werden die Todesursachen oft nicht erkannt. Liegt eine alte Frau tot in ihrer Wohnung, möglicherweise schon mehrere Tage, findet die ärztliche Leichenschau oft aus der Distanz statt. „Herz-Kreis-

lauf-Versagen‘ wird dann vor schnell attestiert und außerdem war die Person ja schon alt.“

Dreßler ärgert solche Eintragungen in der Todesbescheinigung: „Natürlich, bei jeder Todesursache kommt es letztlich zum Herz-Kreislauf-Stillstand. Das sagt aber wenig darüber aus, woran der Mensch wirklich gestorben ist.“

Auch der „plötzliche Kindstod“ ist den Rechtsmedizinern suspekt. „Weil er eben kurze Zeit nach der Geburt tatsächlich vorkommen kann, übersieht man oft, das man den Säugling möglicherweise bewusst verhungern oder verdursten ließ, oder gar erstickt hat.“

Prof. Dreßler und sein Team

Fortsetzung Seite 36

Wir suchen weiter

Unsere Aktion Lagebild Arbeitsbedingungen hat schon einigen Wirbel verursacht. Aus fast allen Bundesländern sind bereits Zuschriften und Telefonate eingegangen, die oft Haarsträubendes schildern:

Von hanebüchenden baulichen Mängeln ist die Rede, von bullernden Heizungen, die sich nicht abschalten lassen (und das bei dreißig Grad Außentemperaturen!), von versifften Sanitäranlagen, problematischen Bildschirmarbeitsplätzen, ungesicherten Baumaßnahmen, Ungezieferbefall, klitzekleinen Orchester-Proberäumen und und und ...

Ein Berliner Kollege schilderte uns, wie Rekonstruktionsarbeiten bei laufendem Betrieb vonstatten gingen: Während einer Vernehmung wurde die Wand durchbrochen, der Bauarbeiter stand plötzlich mitten im Vernehmungszimmer.

Was uns ein wenig überraschte: bislang keine Zeile von privaten Arbeitsmitteln wie Handys, Computer, Drucker ... Ist das Problem gar nicht so gravierend oder hat man sich schon damit abgefunden?

Alle uns bekannt gegebenen „Fälle“ sind bereits den zuständigen Personalräten zugeschickt worden. Von dort hören wir immer wieder: Wären die Missstände bekannt gewesen, hätte sicher schon einiges ad acta gelegt werden können. Z. B. die nicht arbeitsschutzgerechten Bildschirmarbeitsplätze in einem Berliner Revier. Doch der Kollege hatte bislang aus Angst vor „Konsequenzen“ geschwiegen ...

Anderes wiederum ist bekannt, aber es ist mitunter ein langer, mühsamer Weg, bis sich endlich ein Erfolg einstellt.

Das schlagende Argument in vielen Fällen: Kein Geld (in Pforzheim soll es im gesamten Haushalt des Öffentlichen Dienstes

Damit soll zum ein Bild über die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen entstehen, das wir an die Politik wei-

WANTED

Misstände und Unzulänglichkeiten

Gesucht werden Misstände und Unzulänglichkeiten bis hin zu Verstößen gegen das Arbeitsschutzgesetz in den Dienststellen sowie im täglichen und besonderen Dienstablauf.

Zweckdienliche Hinweise darauf - auf Wunsch vertraulich behandelt - werden mit intensiven gewerkschaftlichen Bemühungen zur Beseitigung derselben belohnt.

Gewerkschaft der Polizei
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstrasse 4, 10555 Berlin
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Tel.: (030) 39 99 21-113 Fax: (030) 39 99 21-190

ganze 600 Euro für den Arbeitsschutz geben!).

Unsere Aktion läuft weiter – noch bis Ende Oktober wollen wir den Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit geben, all das, was den Dienst erschwert, komplizierter macht oder Unfallgefahren in sich birgt, dem Gesundheitsschutz zuwider läuft oder „nur“ das allgemeine Wohlbefinden beeinträchtigt – kurz: Marodes, Missliches, Unansehnliches, Überholtes – der Redaktion mitzuteilen.

tergeben werden, um den dringenden Handlungsbedarf anzumahnen.

Zum anderen wird sich die GdP der Hinweise annehmen und versuchen, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Personalräten im Detail schnellstens Hilfe zu schaffen. An einigen „Fällen“ wurde bereits hartnäckig gearbeitet. Über die Ergebnisse wird DP berichten.

tetz

Ich tappe im Dunkeln!

Ich kann Euch zu der Idee, Missstände und Unzulänglichkeiten auf den Dienststellen durch die Kolleginnen und Kollegen „anzeigen“ zu lassen, nur gratulieren. Ich finde auch eure Zusicherung, Schreiben vertraulich zu behandeln, gut. Allerdings nutzt es nichts, wenn die Absender anonym bleiben und nicht mal den Ort des Geschehens, sondern nur die Fakten nennen.

So liegt derzeit ein anonymes Schreiben von einer Kollegin bzw. Kollegen unserer Behörde vor, worin sich der Absender darüber beschwert, dass auf seiner Dienststelle und sogar in den Funkstreifenwagen – ohne Rücksicht auf Nichtraucher geraucht wird.

Als Personalratsvertreter einer großen Behörde (ca. 2.800 Kolleginnen und Kollegen) habe ich ein Problem, den angezeigten Missstand zu lokalisieren, zumal ich bis dato von dem Absender nicht in Kenntnis gesetzt worden bin. So bin ich trotz des berechtigten Anliegens des Schreibers nicht in der Lage, mich um die geschilderten Missstände zu kümmern.

Auch der Personalrat unterliegt nach dem PersVG der Schweigepflicht und es wäre daher gut, wenn die Kollegin oder der Kollege sich melden würde, damit wir uns für das berechtigtes Anliegen stark machen können.

**Gerhard Seidel, Personalrat
bei der Polizeidirektion
Hannover**

Psycho-Belastungen im Arbeitsalltag

Zum Thema „Arbeitsschutz“ sind neben den landläufigen Begriffen und Problemfeldern wie Bildschirmarbeitsplätze, Gefahrstoffe etc. auch solche Faktoren zu rechnen, die die Beschäftigten psychisch belasten.

Dazu gehört, wie man mit extrem belastenden Momenten, z. B. tödlichem Unfall oder Katastropheneinsätzen, umgeht. Hier hat sich zwar in den letzten Jahren einiges geändert, jedoch ist man noch recht weit von einem Optimum entfernt: Die Betreuungsarbeit läuft zurzeit oft „nur“ über Kolleginnen und Kollegen, die dies aus Überzeugung nebenher machen oder über einem Polizeiseelsorger, der sich engagiert. Bis wir als Polizei endlich so weit sind, dass solche psychische Belastungen nichts Anrüchiges mehr sind, muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Psychofaktor Menschenführung

Doch das Feld der psychischen Belastung geht weiter: Der Umgang in der Dienststelle mit- und untereinander oder das Führungsverhalten spielt hier eine große Rolle. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich geplatzt und gegängelt, weil das Betriebsklima eine Katastrophe ist. Entweder ist die „Hackordnung“ derart ausgeprägt, dass man meinen könnte es gilt der Grundsatz jeder gegen jeden oder die Chefs erkennen nicht, dass man Menschen einfach ein Stückweit so nehmen muss, wie sie sind.

In Baden-Württemberg gibt es sogenannte Leitbilder, in anderen Bundesländern nennt man dies anders. Hierin steht u.a. „der Mensch steht im Mittelpunkt“. Doch für viele Kolleginnen und Kollegen ist dies die größte Lach-

nummer, denn zu oft spielt der Mensch keine Rolle mehr. Es gelten Zielvereinbarungen, Zielvorgaben etc. – mehr nicht. Wenn eine Führungskraft einem Mitarbeiter mitteilt, dass er eine bestimmte Sache auf Grund seines Dienstgrades (mittlerer Dienst) sowieso nicht versteht, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass hier vieles kaputt gemacht wird. Wenn die Kolleginnen und Kollegen das Gefühl bekommen, dass Statistiken und Zielerreichung wichtiger sind, als Ermittlungserfolge, dann ist der Bereich Arbeitssicherheit ebenfalls tangiert.

Verschärft wird dann noch die Situation, wenn man – wie in Baden-Württemberg – durch eine Verwaltungsreform eine Effizienzrendite von 20 % Einsparungspotenzial beim Nichtvollzugsdienst erreichen will. Zunächst ist die Wortwahl schon bedeutend, denn wenn man von Rendite bei Menschen spricht, zeigt dies deutlich, welches Menschenbild vorhanden sein muss.

Dass man mit dieser Zielvorgabe aber auch Existenzängste herausbeschwört ist anscheinend ohne Bedeutung. 20 % Effizienzrendite bedeutet umgerechnet: 780 Stellen aus dem Nichtvollzugsbereich werden gestrichen. Die Frage ob der eigene Arbeitsplatz davon betroffen ist, bleibt unbeantwortet. Welche Auswirkungen dies haben kann, können sich die „Planer“ nicht vorstellen. Welche Antwort man als Personalrat oder Gewerkschaftsvorsitzenden einer allein erziehenden Mutter mit einem halben Zeitvertrag und einem halben Festvertrag geben soll, ist mehr als ein Rätsel. Die abschätzigen und unqualifizierten Bemerkungen von so genannten Polizeimanagern, dass dies auch in der freien Wirtschaft so sei,

sind weder hilfreich noch klug. Hier kommen Ängste bei den Betroffenen zum Tragen, die auf die Psyche wirken, so dass die Leistungsfähigkeit unter Umständen beeinträchtigt wird, was dann zur Folge haben kann, dass Gründe für Abmahnungen auftreten können. Ein Kreislauf also, der schlimme Folgen haben kann.

Kürzungen belasten

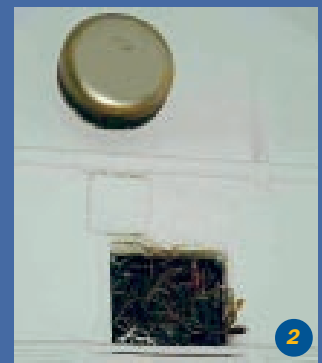
Ein weiterer Punkt, der die psychische Belastung über Gebühr beansprucht, von vielen aber unterschätzt wird, sind die Einkommens-Kürzungen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben z. B. ein Häuschen gebaut und natürlich jeden Euro für die Finanzierung verplant. Jetzt wird das Weihnachtsgeld gekürzt, das Urlaubsgeld gestrichen und die sonstigen finanziellen Belastungen nehmen zu. Nun müssen sich einige wirklich Sorgen um die Finanzierung machen. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen müssen sich dann noch anhören, dass man so halt kein Haus finanziert. Das baut auf! Die Folgen, die solche Probleme haben können, werden bewusst oder unbewusst verkannt oder nicht gesehen, weil es niemanden interessiert.

Dafür gibt es keine EG-Richtlinie oder GUV oder andere Schutzvorschriften. Der Mensch muss funktionieren, mehr nicht. Um fair zu bleiben: Es gibt natürlich auch Vorgesetzte, die sich solcher Probleme annehmen, doch wie es scheint, ist das leider nicht der Normalfall.

Falsche Menschenführung und fehlende soziale Kompetenz sind ebenso Faktoren, die die Gesundheit der Mitarbeiter beeinträchtigen können und müssen viel intensiver in unser Blickfeld gerückt werden.

Rüdiger Seidenspinner, Kreisgruppenvorsitzender PP Karlsruhe und Personalrat

Zustände



Direktion 2 in Berlin: Computerarbeitsplätze, die eine ganze Reihe von arbeitsrechtlichen Vorschriften nicht erfüllen. 1

Polizeirevier Ludwigsburg: Lose Drähte aus der Wand, Kakerlaken und Ratten, dazu äußerst beengte Räumlichkeiten. 2 4

Der „Grüne Bunker“ von Rosenheim – auf den ersten Blick ein nobles Gebäude; allerdings mit enormen baulichen Mängeln behaftet. Besser wäre gewesen, die künftigen Nutzer in die Planung einzubeziehen. DP wird ausführlich berichten. 3

Fortsetzung von Seite 33

fürchten, dass besonders Kinder und alte Leute zunehmend gefährdet sind, umgebracht zu werden: „Je schlechter die wirtschaftliche Lage, je größer die sozialen Spannungen, umso mehr werden Kinder und alte Leute zu einer Belastung, derer man sich relativ leicht entledigen kann.“ Nicht nur allzu oberflächliche ärztliche Leichenschauen, sondern auch der zunehmende Trend zur Verbrennung anstelle der Erdbestattung bereiten den Rechtsmedizinern Sorgen. Dreßler: „Hat erst einmal das Krematorium seine Arbeit getan, sind sämtliche Spuren eines eventuellen Totschlags oder Mordes endgültig beseitigt. Taucht nach einer derartigen Beisetzung doch noch der Verdacht einer Straftat auf, lässt sich schließlich nichts mehr exhumieren.“

Deshalb wünschen sich die Rechtsmediziner in Dresden –

„Die Leichenschau soll an dem Ort, an dem der Tod eingetreten oder die Leiche aufgefunden wurde, unverzüglich vorgenommen werden,“ heißt es im Gesetz. Dabei ist der Tote zu entkleiden und durch den Arzt unter Einbeziehung aller Körperregionen, insbesondere auch des Rückens, der Hals- und Nackenregion und der Kopfhaut, gründlich zu untersuchen. Der Arzt hat hierbei vor allem auf Merkmale zu achten, die auf einen nichtnatürlichen Tod hindeuten. Unter einem nichtnatürlichen Tod wird ein Todesfall verstanden, der auf ein von außen einwirkendes Geschehen (z. B. Verletzungen, Vergiftungen) zurückzuführen ist. Wenn der Arzt Anhaltspunkte für einen nichtnatürlichen Tod findet, es sich um einen unbekanntem Toten oder eine unklare Todesart handelt, muss er die Polizei informieren. Nach eingeleiteten Ermittlungen

stellte und das Messer im Rücken des Toten übersehen wurde, soll, so versichern die Rechtsmediziner, tatsächlich kein Branchenwitz sein.

Für ein bisschen mehr Arbeit und Aufmerksamkeit können sich die

Rechtsmediziner bei der Polizei mitunter auch revanchieren. Als in Dresden eine Mutter beim Aufräumen des Zimmers ihres Sohnes einen abgetrennten blutigen Finger in einer Plastiktüte fand, löste das einen polizeilichen Großeinsatz mit weiträumiger Absperrung des Fundortes aus. Der herbeigerufene Rechtsmediziner identifizierte den grausigen Fund schnell als gut prä-

pariertes Plastikteil, mit dem der Sohn offenbar die mütterliche Neugier bremsen wollte.

Als einen großen Fortschritt würden es die Rechtsmediziner betrachten, wenn gesetzliche Regelungen in allen Bundesländern grundsätzlich jeden Leichenfund bis zum 16. Lebensjahr der Zuständigkeit der Rechtsmediziner ebenso überantworten würden, wie eine Obduktion in allen

nicht unzweifelhaft geklärten Todesfällen zwingend vorzuschreiben sei.

Die Dienstleistungen des Institutes für Rechtsmedizin Dresden sind vielfältig. Neben Obduktionen führen Prof. Dreßler und sein Team unter anderem histologische Untersuchungen, gerichtliche Leichenschauen, körperliche Untersuchungen, toxikologische Analysen, Notfallintoxikationen, Drogen- und Blutalkohlbestimmungen und genetische Analysen für klinische Zwecke durch, besuchen



Sitz des Instituts für Rechtsmedizin in Dresden

Gerichtstermine, fertigen Akten-gutachten und identifizieren biologische Spuren. Ihre Dienste können von den Justiz- und Ermittlungsbehörden, Krankenhäusern, aber auch von Privatpersonen in Anspruch genommen werden.

Entgegen der landläufigen Auffassung haben es Rechtsmediziner nicht immer nur mit Leichen zu tun. Bei der forensischen Klinischen Medizin handelt es sich in der Regel um körperliche Untersuchungen von Opfern aber auch Tatverdächtigen im Auftrag von Polizei oder Staatsanwaltschaft. Außerdem werden als Konsiliarleistungen rechtsmedizinische Befunderhebungen mit Fotodokumentation für Kliniken, insbesondere bei Verdacht auf Kindesmiss-handlungen, durchgeführt. Im Rahmen von Verkehrsunfällen können Untersuchungen zur Feststellung des Fahrzeugführers an PKW-Insassen mit Sicherung von biologischen Spuren vorgenommen werden. Gemeinsam mit anderen Fachärzten erfolgen körperliche und mikroskopische Untersuchungen Geschädigter bei Verdacht auf Vergewaltigung oder sexuellen Missbrauch. Außerdem werden Untersuchungen zur Altersbestimmung Lebender mit radiologischer und stomatologischer Begutachtung vorgenommen. Rechtsmediziner stellen auch die Haft- und Verhandlungsfähigkeit von Angeklagten fest und erstellen Gutachten bei Vaterschaftsklagen. **hol**



GdP-Vertreter mit Kriminal-polizisten und Staatsanwälten vor dem Rechtsmedi-zinischen Institut: 3. v.l. Prof. Dr. Jan Dreßler, Leiter des Instituts, ganz rechts: Prof. Dr. Erich Müller, Insti-tutsleiter a.D.

Foto: Holecsek

und da sind sie sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland einig – mehr Sorgfalt bei der ärztlichen Leichenschau und mehr Sachkenntnis der Ärzte, die die Leichenschau vornehmen.

Während in Deutschland nach Berechnungen der Experten nur rund 5 % aller Sterbefälle obduziert werden, sind es zum Beispiel in England rund 60 %. Auch die Leichenbeschauer in anderen Ländern schicken ihre Funde wesentlich häufiger zur Obduktion, als ihre deutschen Kollegen.

entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob eine gerichtliche Obduktion angeordnet wird. Letztendlich geht es um die Frage, ob ein Fremdverschulden den Tod bewirkt haben kann oder nicht.

Auch mehr Sensibilität der am Ort eines Leichenfundes zuerst eintreffenden Polizeibeamten steht auf der Wunschliste der Mediziner. Dreßler: „Gerade der alltäglich aussehende und unspektakulärste Leichenfund hat es mitunter in sich.“ Der Leichenfund, bei dem der Arzt eine natürliche Todesursache fest-